

UNI-REPORT

26. Januar 1977

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 10 / Nr. 2

Lage der Lehrerausbildung

Der Beirat/Unterausschuß für Lehrerausbildung beim Didaktischen Zentrum befürchtet, daß der hessische Kultusminister das Frankfurter Modell der Lehrerausbildung zugunsten des Kassel-Modells zurückdrängen will. Ein Beispiel dafür sei die Tendenz, die schulpraktischen Studien aus der Universität herauszunehmen, sowie die erklärte Absicht, die Beteiligung der Universität bei der Neuordnung der zweiten Phase der Ausbildung zu verweigern. In seiner letzten Sitzung am 20. Januar beschäftigte sich der Ständige Lehr- und Studienausschuß der Universität mit der vielschichtigen Problematik der Lehrerausbildung.

Nach eingehender Diskussion faßte der Ausschuß folgenden Beschluß:

„Der Ständige Ausschuß I hält es für notwendig, die festgelegte Regelung der Schulpraktika beizubehalten und die Praxiseinführung für alle Lehrerstudenten nicht in eine eigene Phase nach dem Studium zu verlegen.

Der Ständige Ausschuß I bittet den Präsidenten in diesem Sinne, diese Auffassung dem Hessischen Kultusminister darzulegen, ihm gegenüber zu vertreten und darauf hinzu-

wirken, daß die Universitäten bei den Anhörungsverfahren über den Entwurf einer Verordnung über die pädagogische Ausbildung und die zweite Staatsprüfung für die Lehrämter beteiligt werden, da es unvertretbar ist, die Universität als die Institution, die für die Ausbildung der Lehrer zuständig ist, nicht zu beteiligen.

Eine sinnvolle Lehrerausbildung ist nur möglich, wenn der Zusammenhang zwischen erster und zweiter Phase gewahrt bleibt.“

Dieser Beschluß richtet sich u. a. gegen einen Erlaß des Kultusministers vom 11. Januar 1977, mit dem ein Schreiben der Universität vom 8. Dezember 1976 beantwortet wurde. Die Universität hatte darin den Anspruch angemeldet, zum Entwurf einer Verordnung über die zweite Staatsprüfung für die Lehrämter angehört zu werden. Die wesentliche Passage des Kultusminister-Erlasses lautet: „Soweit die erste Phase der Lehrerausbildung betroffen ist, werden die Belange durch das dafür zuständige Referat meines Hauses wahrgenommen. Für den Bereich der zweiten Phase der Lehrerausbildung sind die Spitzenorganisationen der Beamten die gesetzlichen Verhandlungspartner meines Hauses. Eine Beteiligung der Universitäten an den Anhörungsverfahren ist nicht vorgesehen.“



Gedränge an den Aufzügen im Turm: ein gewohntes Bild zwischen den Lehrveranstaltungen. Als fünf von insgesamt sieben Aufzügen mehrere Tage ausfielen, weil sie mutwillig zerstört worden waren, wurde die Situation unerträglich. Foto: Bopp

Rückmeldung zum SS'77

In den vergangenen Tagen wurden die Rückmeldeunterlagen an die Studenten der Universität Frankfurt verschickt. Wiederum besteht die Wahl zwischen der schriftlichen und der persönlichen Rückmeldung beim Sekretariat der Universität.

Die Mitarbeiter im Sekretariat bitten, **sich möglichst frühzeitig zurückzumelden, am besten noch vor den Semesterferien**. Dies liegt auch im eigenen Interesse der Studenten, die dadurch entweder langes Schlangestehen vor dem Sekretariat oder aber lange Wartezeiten bis zur Bearbeitung der Unterlagen vermeiden können.

Das Sekretariat ist geöffnet: montags bis freitags von 8.30 bis 11.30 Uhr.

Rückmeldefrist:

ab Zugang der Unterlagen bis 18. 2. persönlich, bis 10. 3. schriftlich.

Keine Stupa-Wahl im WS

Am 20. Dezember 1976 hatte der Präsident der Universität Frankfurt, wie berichtet, rechtsaufsichtlich die Wahl zum Studentenparlamentes vom Sommersemester 1976 für ungültig erklärt. Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit dieser Verfügung wandte sich die Studentenschaft mit einem Antrag beim Frankfurter Verwaltungsgericht. Am 14. Januar hat das Verwaltungsgericht dem Antrag der Studentenschaft stattgegeben.

Die Gerichtsentscheidung macht eine Wiederholung der Wahl im laufenden Wintersemester unmöglich, obwohl dies nach Ansicht des Präsidenten wegen gravierender Mängel der Wahlen im Sommersemester 1976 im öffentlichen Interesse gelegen hätte.

Dennoch begrüßt der Präsident, Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, den Beschluß des Verwaltungsgerichtes, da ihm nunmehr als Rechtsaufsichtsbehörde die Verantwortung dafür abgenommen ist, unverzüglich für Wiederholungswahlen zu sorgen.

Das Verwaltungsgericht hat dem Antrag der Studentenschaft aus formalen Gründen stattgegeben. Angeblich fehlte ein Antrag des die Wahl anfechtenden Studenten beim Präsidenten, nachdem der Ältestenrat seine Anfechtung abgelehnt hatte. Der Präsident wird für die Erteilung eines Widerspruchsbescheides beim Verwaltungsgericht sorgen, damit das Gericht im Hauptsacheverfahren die Rechtsfragen hinsichtlich der Wahl im Sommersemester klären kann.

Zerstörungen im Turm

Unter den Bediensteten, den Hochschullehrern und den Studenten, die im Turm arbeiten, macht sich eine verbitterte Stimmung breit. Der Grund: Einige Splittergruppen versuchen offensichtlich, das Gebäude technisch lahmzulegen. Am gravierendsten bisher war das mehrfache Einschlagen von Feuermeldern, weshalb der Turm geräumt werden mußte, und die mutwillige Zerstörung der Aufzüge.

Bislang ist es nicht gelungen, die Aktionen dieser versprengten Chaoten zu unterbinden. Dies brachte dem Präsidenten in einer Diskussion im Ständigen Lehr- und Studienausschuß am 20. Januar den unberechtigten Vorwurf ein, er sehe tatenlos zu. Bei genauerer Erörterung der Vorfälle und der Taktik der Täter stellte sich jedoch heraus, daß niemand unter den Mitgliedern des Ausschusses und unter den Gästen einen erfolgversprechenden Vorschlag zur Lösung des Problems hatte, ohne die Studien- und Arbeitsmöglichkeiten einschneidend zu gefährden. Dies wäre voraussichtlich der Fall beim Einsatz „kriminalistischer Methoden“ mit zivilen Polizisten oder von umfangreichem uniformiertem Polizeieinsatz mit der dadurch möglicherweise notwendig werdenden Schließung des Turms. Für beide Maßnahmen wollte sich im Ausschuß niemand bedenkenlos einsetzen.

Die Ereignisse: Am 12. Januar wurde kurz vor 18 Uhr grundlos ein Feuermelder eingeschlagen. Alarm beim Pförtner und bei der Feuerwehr. Der Pförtner machte entsprechend seinen Anweisungen sofort eine Durchsage zur Räumung des 38geschossigen Gebäudes, die Feuerwehr rückte an. Durch die Alarmdurchsage er-

litt ein Hochschullehrer einen Herzanfall, eine Studentin einen Nervenzusammenbruch.

Am nächsten Tag drei weitere Alarme – mittags um 12 Uhr und um 13 Uhr sowie abends um 19.30 Uhr. Da davon auszugehen war, daß auch dies blinde Alarme seien, wurde keine Anweisung zur Räumung des Gebäudes gegeben. Die Feuerwehr mußte jedoch erscheinen.

Diejenigen, die die Feuermelder eingeschlagen hatten, waren verschwunden. Dem Präsidenten blieb keine andere Möglichkeit, als Anzeige gegen Unbekannt. Sollte ein Täter ausfindig gemacht werden, so muß er mit einer Geldstrafe bis zu 10 000 Mark rechnen. Die Universität hingegen muß für jeden Feuerwehreinsatz 550 Mark bezahlen, also insgesamt 2200 Mark.

Für den gleichen Tag des dreifachen Alarms war auf handgeschriebenen Plakaten ein „Turm-Fest“ angekündigt. Auf diesen Plakaten waren keine Veranstalter angegeben, es war auch keine Genehmigung beim Präsidenten oder bei der Hausverwaltung eingeholt worden. Das „Fest“ begann mittags. Stühle wurden aus den höheren Geschossen ins Foyer transportiert. Es wurden wiederum Wände besprüht, Plakate geklebt, die Fahrstühle im Erdgeschoß blockiert, Knallkörper geworfen usw. Als das „Fest“ bei Gebäudeschluß gegen 21 Uhr beendet wurde, stellte sich heraus, daß fünf von sieben Fahrstühlen funktionsunfähig waren. Armaturen waren herausgerissen, Kabel zerschnitten, Lichtschranken verklebt. Ferner waren in verschiedenen Geschossen Feuerlöcher entfernt, weitere Wände beschmiert, Lichtrohre herausgedreht, verschlossene Rauchabzugstüren aufgebrochen.

Die Reparatur der Fahrstühle nahm mehr als eine Woche in Anspruch. Zeitweise lief nur ein einziger Aufzug, da ein weiterer wegen einer normalen technischen Panne ausgefallen war. Die Folge: endlose Wartezeiten an den Aufzügen, verpaßte Termine und Veranstaltungen. Viele liefen zu Fuß, manche 32 Stockwerke hoch – teils um Zeit zu sparen, teils aus Angst, in einem der noch funktionierenden Aufzüge steckenzubleiben. Sekretärinnen und andere Ar-

Der Konvent der Universität Frankfurt tagt heute (26. 1.) um 14.15 Uhr in der Camera, Gräfstr. Auf der Tagesordnung stehen:

1. Wahl eines Vizepräsidenten der Universität Frankfurt
2. Geschäftsordnung des Konvents der Universität Frankfurt
3. Verschiedenes

beitnehmer mit einem normalen Achtstundenarbeitstag, die in den oberen Stockwerken arbeiten, verzichteten darauf, mittags zum Essen zu gehen, weil dies zu zeitaufwendig gewesen wäre. In den folgenden Tagen immer wieder neue Schmierereien, Plakate, Aufrufe zu vorbereitenden Streik-Versammlungen, Beschädigungen kleinerer Art. Warum, so die vorwurfsvollen Fragen, greift man nicht einfach die Täter heraus und zeigt sie an? Warum werden „Turm-Feste“ nicht verboten? Warum wird nicht sofort die Polizei geholt?

(Fortsetzung auf Seite 2)

Leserbriefe

Urabstimmung am Fachbereich Rechtswissenschaft

Aus Anlaß der Untätigkeit der kommissarischen Fachschaftsvertretung am Fachbereich Rechtswissenschaft wurde am Ende des Sommersemesters 1976 die Fachschaftsinitiative Jura (Fiju) gegründet, die sich aus Vertretern des LHV, der Jusos, des Msb, des SHB und unorganisierten Studenten zusammensetzt. Die Fiju arbeitete eine Fachschaftssatzung und eine Wahlordnung aus und stellte diese beiden Vorschläge an zwei aufeinanderfolgenden FB-Vollversammlungen zur Diskussion und zur Abstimmung. Beide Vorschläge wurden nach ausgiebiger Diskussion von der Mehrheit der Studenten angenommen und damit die Vorschläge von KSB und RCDS/Unabhängigen abgelehnt.

Diese Ergebnisse der Vollversammlungen sollen nun in einer Urabstimmung vom 7. bis 11. 2. durch das Votum der Studenten am Fb 01 bestätigt werden. Da diese Urabstimmung Voraussetzung für die Wahl einer demokratischen Fachschaft ist, ist eine starke Beteiligung der Studenten notwendig.

Wir rufen daher alle Studenten am Fb 01 auf, sich an dieser Urabstimmung zu beteiligen, um so eine baldige Fachschaftswahl zu ermöglichen.

Fachschaftsinitiative Jura (Fiju)

*

Beobachtungen auf einer Vollversammlung

Am 7. Januar besuchte ich eine Vollversammlung (VV), die anlässlich der Wahlprüfung durch die Unabhängigen Fachbereichsgruppen vom ASTa veranstaltet worden war. Als Student der Germanistik bemerkte ich konsterniert so gleich, daß auf dem Podium von dem gleichfalls anwesenden Universitätspräsidenten immer nur als „dem Krupp“ geredet wurde. Dies verwunderte mich um so mehr, da sich die jungen Damen auf dem Podium ungezwungen mit ihren Vornamen anreden und nicht etwa, wie im Falle des Präsidenten, den bestimmten Artikel hinzusetzen.

Nachdem die VV angefangen hatte, erwogen diese Damen, ob man „den Krupp“ aus dem Saale schicken sollte oder nicht. Sympathisanten der vortragenden Damen (also vermutlich des ASTas) antworteten aus der Tiefe des Hörsaals in bisweilen recht aufdringlichem Falsett: „Krupp in die Supp!“ Dieses Ergebnis der politischen Willensbildung des Plenums wurde vom Podium alsbald aufgegriffen; Herrn Professor Krupp legte man nahe, den Raum zu verlassen, da man in

seiner Anwesenheit keine weiteren Beschlüsse fassen könnte. Dieser räumte bereitwillig den Saal, was unvermittelt den massenhaft erschienenen Teilnehmern der VV ihre Beschlußfähigkeit zurückgab.

Nach leidenschaftlicher Diskussion beschloß man nun, den folgenden Sprechern nur fünf Minuten Redezeit zuzugestehen. Aus linker Solidarität wurde dieses Limit höchstens um ein Doppeltes überschritten.

Ein Mädchen – ihr Name und ihre Gruppenzugehörigkeit sind mir leider nicht bekannt, weil auf eine persönliche Vorstellung grundsätzlich verzichtet wurde – bemühte sich sodann beherzt um eine Erklärung der rechtlichen Hintergründe der Wahlprüfung; jedoch schien ihr das juristische Rüstzeug zu fehlen, denn sie räumte ein, von dem, wie sie sagte, „juristischen Kram“ nicht allzu viel zu verstehen. Auch gerieten ihre Ausführungen dadurch ein wenig schleppend, da sie, einer spontanen Eingebung gehorchend, sich eine Zigarette drehen mußte.

Unterdessen beobachtete ich, wie ein Vertreter der Unabhängigen Fachbereichsgruppen, die ja die STUPA-Wahlen so erfolgreich angefochten haben, sich bemühte, ebenfalls eine Erklärung abgeben zu können. Obwohl er sich in die Rednerliste hatte eintragen lassen, belehrte ihn eine der auf dem Podium anwesenden Damen, daß Demokratie gerade nicht darin bestehe, jeden zu Wort kommen zu lassen: „Wo kommen wir denn hin, wenn...“ Statt seiner durften nun Sprecher ans Megaphon, die unter Beifall des Publikums einem Streik oder dem von Bier das Wort redeten. Nach einer Weile erhob sich dann ein Kampf der Damen um das Megaphon. Dabei wurden sie durchaus gewalttätig und scheuten, einander rempelnd und knuffend, ansonsten unübliche Handgriffe nicht, getreu ihrer Erklärung im UNI-REPORT vom 3. 11. 1976: „Als Frauen Politik zu machen heißt für uns konkret, daß wir auf unserer Subjektivität bestehen und sie als positives Moment unseres Verständnisses von Politik und Leben sichtbar machen wollen – eine Sinnlichkeit, die den meisten Männern irgendwann auf dem dornenreichen Weg ihrer Sozialisation verloren gegangen ist...“ Gottseidank.

Jörg Pompetzki

*

LHV begrüßt Gerichtsentscheid

Der Liberale Hochschulverband (LHV) begrüßt es, daß die Studentenschaft der Frankfurter Universität in diesem Semester nicht mehr gezwungen werden kann, Studentenparlaments-Neuwahlen abzuhalten. Durch den Beschluß des Verwaltungsgerichts, den sofortigen Vollzug der vom Präsidenten angeordneten Neuwahl auszusetzen, sieht der LHV sich in seiner Meinung bestätigt, daß zunächst eine Gerichtsentscheidung darüber abzuwarten ist, ob die beanstandete Wahl tatsächlich ungültig ist.

Der LHV hatte unmittelbar nach dem Ende der jetzt beanstandeten, letzten StuPa-Wahl selbst öffentlich darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Verfahrensfehlern vorgekommen sind, daß Manipulationen möglich gewesen waren. Insgesamt dürften diese Mängel jedoch nicht so gravierend gewesen sein, daß sie

eine widerrechtliche Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Studentenparlament bewirkt haben könnten; der LHV hatte deshalb im vergangenen Sommer nicht den Ältestenrat angerufen, um durch diesen eine Ungültigkeitserklärung zu erwirken.

Der LHV kritisiert in diesem Zusammenhang die „Unabhängigen Fachbereichsgruppen“, daß diese trotz geringer Erfolgsaussichten den Uni-Präsidenten dazu bewogen, ihrer Wahlprüfung stattzugeben und das StuPa amtszuentheben. Eine zwangsverordnete Wahl noch in diesem Semester hätte überdies in einem emotional derart aufgeheizten Klima stattgefunden, daß das Ergebnis dieser Wahl dann in der Tat mehr als fragwürdig ausgefallen wäre.

Der LHV fordert den amtierenden ASTa auf, zusammen mit allen hierfür in Frage kommenden Studentengruppen dafür zu sorgen, daß bei der nächsten Wahl, die sinnvollerweise wie üblich im Frühsommer stattfinden sollte, auch kleinste Beanstandungsmöglichkeiten durch eine sorgfältige Wahlaufsicht vermieden werden. Insbesondere muß erreicht werden,

– daß Chemiker und Biologen ungehindert wählen können,

– daß im Turm zwei Wahllokale eingerichtet werden (dort sind momentan einem einzigen Wahllokal über 600 Studenten zugeordnet, was jedem Wahlberechtigten nur ca. 11 Sekunden Zeit für seinen Wahlakt läßt,

– daß die Wahlhelfer zukünftig von den Fraktionen des Studentenparlaments benannt werden, um Manipulationen durch parteiliche Wahlhelfer zu verhindern.

Karl-Heinz Wellmann

Schlechter Arbeitsmarkt für junge Akademiker

Der Arbeitsmarkt für Akademiker hat die wirtschaftliche Belebung im vergangenen Jahr nach den Beobachtungen der Arbeitsverwaltung nicht zu spüren bekommen. Wie die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV), eine Dienststelle der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, in Frankfurt mitteilte, stand einem stagnierenden und unzureichenden Angebot an Stellen für Akademiker bei der ZAV mit einem Neuzugang von nur 8200 Positionen im Jahr 1976 ein um acht Prozent auf 13 000 Stellensuchende ausgewachsener Bewerberstrom gegenüber. Die Leiterin der ZAV, Dr. Lieselotte Höhborn, berichtete, daß dabei Pädagogen, Psychologen, Physiker, Chemiker und Mathematiker den Schwerpunkt beim Zuwachs an akademischen Nachwuchs gebildet hätten. „Teilweise erhebliche Schwierigkeiten“ bei der Vermittlung stellte die ZAV-Leiterin bei den Fachrichtungen fest, die traditionell in den öffentlichen Dienst oder in Bereiche gehen, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, nämlich Pädagogen, Soziologen, Politologen, Psychologen, Volkswirte, Juristen, Physiker sowie für andere Natur- und Geisteswissenschaftler, die aufgrund ihrer sehr speziellen Ausbildung für sehr wenige Tätigkeiten in Betracht kommen, wie etwa Geologen, Me-

Zerstörungen im Turm

(Fortsetzung von Seite 1)

Zum einen: Die Täter als auch diejenigen, die durch Plakate und auf die Wände gesprühte Parolen direkt oder indirekt zu zerstörerischen Handlungen aufrufen oder sie rechtfertigen, bleiben anonym. Oft bleiben auch Bedienstete oder Studenten aus Angst untätig, wenn sie zufällig jemanden beim Besprühen der Wände oder anderer verbotener Taten beobachten.

Diese Angst ist durchaus verständlich, da in den letzten Wochen Mitarbeiter der Hausverwaltung immer wieder beschimpft und bedroht wurden, wenn sie ihre Arbeit taten. Selbstverständlich wird die Polizei um Hilfe gegen kriminelle Aktionen chaotischer Splittergruppen gebeten. Hier auf haben die Mitarbeiter der Universität Anspruch. Genau so werden bei kriminellen Aktionen Strafanzeigen gestellt. Die hierin liegenden Möglichkeiten sollte man gerade in einem Gebäude wie dem Turm jedoch nicht überschätzen. Die Unterstützung durch die Polizei kommt oft

zu spät. Bis sie nach 10 oder 15 Minuten am Ort erscheinen kann, ist der Täter längst verschwunden.

Die Situation im Turm kann sicher nicht primär durch polizeiliche Maßnahmen verbessert werden. Auf der einen Seite ist es notwendig, daß durch derartige kriminelle Aktionen geschädigten Mitarbeiter und Studenten ihre Meinung zu diesen Vorgängen zu Gehör bringen. Darüber hinaus ist es auch sinnvoll, die Hausverwaltung schneller über derartige Vorgänge zu informieren. (Haustelefon: 82 00)

Viel wichtiger wäre es freilich, wenn sich alle an dieser Universität arbeitenden politischen Gruppen darüber einig wären, daß derartige Aktionen nichts bewirken, es sei denn, die weitere Einengung der Freiräume, über die eine Universität heute noch verfügt. Eine eindeutige Distanzierung von derartigen Vorgängen könnte vielleicht dazu führen, daß die Täter ihr Handeln noch einmal politisch überdenken.

Kurz notiert

Krollmann KMK-Präsident

Der Hessische Kultusminister Hans Krollmann ist für das Jahr 1977 Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister und Senatoren der Länder (KMK). Anlässlich der offiziellen Übergabe der Präsidentschaft gab Krollmann einen Abriß der zur Lösung anstehenden Aufgaben. Im Hochschulbereich müsse im Rahmen der Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes die Neuordnung der Hochschulzu-

lassung, die Entwicklung von Tests und die Organisation und Koordination der Studienreform in Angriff genommen werden.

WRK gegen „Streichungspolitik“ der Länder

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) sieht gegenwärtig einen „Zwiespalt“ zwischen der Hochschul- und der Finanzpolitik in den Bundesländern. Der WRK-Senat forderte am 11. Januar in Berlin, dieser Zwiespalt müsse beseitigt werden. Er warne „vor der bequemen Illusion, die Zielzahlen der geltenden Bildungsplanung ließen sich bei entsprechendem Druck auf die Hochschulen auch trotz massiver Streichungspolitik der Länder erreichen“. Der WRK-Senat bezog sich damit auf die Praxis in Baden-Württemberg, aber auch in anderen Ländern, Hochschullehrerstellen zu streichen, freierwerdende Stellen nicht wieder zu besetzen oder Stellen „umzuwidmen“.

Ausländische Studenten

Die Zahl der ausländischen Studenten an den Hochschulen in der Bundesrepublik hat sich vom Wintersemester 1971/72 bis zum Wintersemester 1975/76 um 42,2 Prozent von 34 250 auf 48 700 erhöht. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verringerte sich die Zunahme von zunächst über zehn Prozent jährlich auf rund 6,5 Prozent im letzten Studienjahr. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Studenten liege fast unverändert bei rund sechs Prozent, da sich die Zahl der deutschen Studenten prozentual nahezu gleich erhöht haben.

Die nächste Ausgabe von UNI-REPORT

erscheint am 9. Februar 1977. Redaktionsschluß ist der 4. Februar, in Ausnahmefällen auch später.

UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

UNI-REPORT

Zeitung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Herausgeber: Der Präsident der Universität Frankfurt.

Redaktion: Andrea Fülgraff und Reinhard Heisig, Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main. Telefon: (06 11) 7 98-25 31 oder 24 72. Telex: 04 13 932 unif d.

Druck: Union-Druckerei, 6000 Frankfurt am Main.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Uni-Report erscheint alle 14 Tage am Mittwoch mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt.

Hochschulreport: Frauen-AStA

Am 14. Januar wurde in der Sendung „Hochschulreport“ des Hessischen Fernsehens ein Beitrag über den Frankfurter Frauen-AStA gebracht. Die Autorin des Beitrags war Silvia Kersten. Die Redaktion hatte Reinhard Behm. Wir drucken den Text der Sendung mit freundlicher Genehmigung der Redaktion von „Hochschulreport“.

In diesem Wintersemester haben sich an der Frankfurter Universität 22 000 Studenten immatrikuliert. Ein Drittel der Studenten an der Johann Wolfgang Goethe-Universität sind Frauen. Obwohl die Studentinnen in der Minderheit sind, wird die Studentenschaft zur Zeit von einem Allgemeinen Studentenausschuß vertreten, der sich ausschließlich aus Frauen zusammensetzt.

Der Frauen-AStA wurde am 22. Oktober 1976 mit den Stimmen einer linken Mehrheit vom Studentenparlament gewählt. Die Institution des ASIA wird von dieser Gruppe als Instrument betrachtet, die Interessen der Frauen an der Universität zu artikulieren und durchzusetzen. Einige der Frauen haben schon vorher praktische Erfahrungen in einem Referat für Frauenfragen gesammelt.

Das Frankfurter Studentenparlament, im Sommersemester 1976 gewählt, hat 22 Sitze. Es setzt sich zusammen aus der Sozialistischen Hochschulinitiative mit 9 Sitzen, den Jungsozialisten mit 3 Sitzen, dem Marxistischen Studentenbund mit 1 Sitz, dem Kommunistischen Studentenbund mit 1 Sitz, dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten mit 4 Sitzen, den Unabhängigen Studenten mit 2 Sitzen und dem Liberalen Hochschulverband mit 2 Sitzen.

Mit den 9 Stimmen der Sozialistischen Hochschulinitiative und den 3 Stimmen der Jungsozialisten wurde folgender ASIA gewählt: die Medizinstudentin Felicitas Schneck, die Jurastudentin Rita Häfner, die Soziologiestudentin Heidemarie Renk.

Der Frauen-AStA hat insgesamt 15 Mitglieder, die sich regelmäßig treffen. Sie kamen aus allen Teilen der Bundesrepublik, um in Frankfurt zu studieren. Medizin, Jura, Volkswirtschaft und Geisteswissenschaften. Ihr Alter und ihr sozialer Status wiesen Zusammenhänge auf. Die meisten Frauen sind zwischen 25 und 30 Jahre alt, verheiratet und haben keine Kinder und kamen auf dem 2. Bildungsweg zum Studium. In seiner Zusammensetzung stellt dieser ASIA ein Novum in der bundesrepublikanischen Hochschulszene dar.

Zum Selbstverständnis der Gruppe:

„Ja der Frauen-AStA versteht sich als Kollektiv, will also keine Trennung in einzelne Referate und keine Kompetenzverteilung in Vorsitzende und Referentinnen. Sondern wir teilen uns die Arbeit im ASIA so auf, daß jede an allen Themen, so weit es möglich ist, mitarbeitet und jeder informiert ist.“

„Wir verstehen uns als eine Basisgruppe, die an der Universität Arbeit macht. Und wir arbeiten mit anderen Basisgruppen und -initiativen zusammen, die nicht diesen traditionellen Vorstellungen von Bürokratie und Organisation entsprechen.“

Feministische Forderungen, von den Frauen in Gruppenarbeit entworfen und diskutiert, bilden den Schwerpunkt ihres politischen Programms. In ihren Äußerungen orientieren sie sich sowohl am Gedankengut der amerikanischen Frauenrechtlerinnen als auch am Programm der deutschen ApO-Frauen Ende der 60er Jahre. Mit ihren Forderungen nach Emanzipation lehnen sie sich außerdem an die Grundsätze der Frauenbewegung innerhalb der Sozialdemokratie des ausgehenden 19. Jahrhunderts an. „Fühlen Sie sich als Nachfolgerin der traditionellen Frauenbewegung?“

ASIA:

„Im historischen Sinn ja, obwohl sich gezeigt hat, daß ein Kampf nur für sehr frauenspezifische Inhalte sehr begrenzt ist, weil es dann Frauen immer noch nicht gelingt, sich auf einer öffentlichen, auf einer politischen Ebene besser äußern zu können. D. h. also, daß wir auf der einen Seite schon als Frauen hier im ASIA auch Politik machen wollen, aber daß diese Politik nicht bei frauenspezifischen Themen aufhört, sondern daß wir als Frauen auch andere Politik, die normalerweise von Männern oder in gemischten Gruppen gemacht wird, machen wollen.“

Frauen an der Universität — z. B. Medizin

Von über 2000 Medizin-Studenten sind nur 700 Frauen. Ähnlich an der Universität im akademischen Mittelbau und bei den Professoren. Mit 22 Prozent sind sie im Mittelbau und mit nur 5 Prozent in der Frankfurter Professorenenschaft vertreten. Dieses ungleiche Verhältnis ist nach Ansicht des ASIA in einem System begründet, das die Frauen im Erwerbsleben dem Mann gegenüber benachteiligt. Wie bei den Medizinern, auch in anderen Fachrichtungen. Frauen erreichen, obwohl sie an der Universität die gleiche Ausbildung erhalten, selten Spitzenpositionen. Schuld daran, so der Frauen-AStA, sind unter anderem die Prüfungen, die Frauen einem größeren psychischen Streß aussetzen als ihre männlichen Kollegen.

ASIA:

„Es gibt eine Menge Erfahrungen, daß Frauen in Prüfungen entweder mehr durchfallen oder auch psychisch da mehr fertiggemacht werden. Wir haben vor, diese Erfahrungen zu sammeln, um auch da Aussagen treffen zu können, und eine Art Professorenkartei anzulegen. D. h. Fragebogen zu entwickeln, wo Frauen zu ihren Erfahrungen in Prüfungen etwas sagen können, das zu sammeln und so dann auch besser gegen solche Professoren vorgehen zu können.“

Mensabetrieb während der Mittagszeit

Täglich werden hier mehrere tausend Essen ausgegeben. Der reibungslose Ablauf ist nur durch umfangreiche Rationalisierung und Automati-



Der Frauen-AStA versteht sich als Kollektiv

Foto: Bopp

sation möglich. Am Beispiel dieser technisch perfekten Mensa entzündet sich die Kritik des Frauen-AStA an den heutigen Lebensbedingungen, die den Menschen in völliger Abhängigkeit von der Technik halten. Im Rahmen ihres Ökologie-Programms, ein weiterer Punkt ihrer Tätigkeit, wollen sie diese Lebensbedingungen diskutieren.

ASIA:

„Wir haben zunächst einmal das Thema Ökologie an dieser Universität in einem größeren Rahmen problematisiert in unserer ersten Vollversammlung, wo wir versucht haben, einen Zusammenhang zwischen der größeren gesellschaftlichen Bewegung, die sich gegen Atomkraftwerke richtet, und unserer Realität hier und in der Stadt und in der Uni zu ziehen. D. h. mit den Studenten zu diskutieren, in welcher Weise uns das hier betrifft und in welcher Weise wir an der Uni und in der Stadt die Bedrohung durch die Technologie aufzeigen können.“

Wo bleiben die Hochschulprobleme? Neben der Beschäftigung mit Emanzipation und Umwelt scheinen Fragen der Ausbildung eine geringe Rolle zu spielen. Probleme der Studienordnung, der Ausbildungssituation, der sozialen Lage der Studenten, der Berufsperspektive. Also Fragen, die jeden einzelnen Studenten angehen. Sie sollen eigentlich auch den Frankfurter ASIA mehr beschäftigen. Statt Aktivität macht sich jedoch Resignation breit — auch, wenn es um Studienreform geht.

ASIA:

„Wenn Gesetze verabschiedet werden, dann steht es fest und wir können nur unsere Stellungnahme dazu abgeben und können sagen, das und das, das finden wir nicht so gut. Aber es ist ein ungeheurer Arbeitsaufwand, wobei dann nicht viel rauskommt. Z. B. die Notstandsgesetze damals in der Studentenbewegung. Da haben die Studenten auch interveniert, die außerparlamentarische Opposition, und die Notstandsgesetze sind trotzdem verabschiedet worden. Also d. h. nicht, daß wir da keine Stellungnahme abgeben, aber wir werden nicht primär unserer Arbeit darauf konzentrieren.“

Kontroverse Meinungen über den Frauen-AStA nicht nur in der bundesdeutschen Tagespresse. Auch die Frankfurter

Studenten, die wir abschließend befragten, äußerten sich unterschiedlich über ihre Frauenvertretung:

„Ich find besonders gut, daß die jetzt einen neuen Aspekt reingebracht haben, nämlich den der Lebensbedingungen der Studenten, und daß man jetzt nicht nur Politik macht so allgemein, jetzt vielleicht unter irgendwelcher Gruppierung, sondern daß man jetzt speziell diese Lebenswelt mit einbezieht. Aber gleichzeitig sehe ich auch die Gefahr, daß wir das jetzt zu sehr ausweiten wie zum Beispiel jetzt mit den Kernkraftwerken, so daß die spezielle Unisituation nicht mehr so sehr diskutiert wird beim ASIA.“

„Mir ist das egal, ob da jetzt Männer oder Frauen uns vertreten. Die Hauptsache ist, sie bringen was Gescheites auf die Beine und ansonsten ist mir das völlig gleich.“

„Ja Frauen-AStA; für mich ist das keine Wertung, ob da eine Frau beteiligt ist oder ein Mann. Es kommt nämlich auf die ideologischen Ziele und überhaupt auf Ziele an.“

„An sich finde ich die Idee, einen Frauen-ASIA zu machen, nicht schlecht, aber dadurch, daß sie eigentlich dasselbe machen, was alle ASIA vorher auch gemacht haben, was wenig mit den Studenten zu tun hat, finde ich den nicht besser als alle anderen ASIA vorher.“

Der Präsident verurteilt ÖTV-Stellungnahme

Im Ständigen Lehr- und Studiausschuß kam im Zusammenhang mit den Vorfällen im Turm auch die in der letzten Nummer des „Uni-Report“ veröffentlichte Stellungnahme der ÖTV zum Verbot des wilden Plakatierens und Beschmierens der Wände zur Sprache. Dabei wurde nicht nur die Haltung der ÖTV, die gegen das „Plakatierverbot“ protestierte und den Präsidenten zur Zurücknahme aufforderte, scharf angegriffen. Auch am Präsidenten wurde harte Kritik geübt, weil er der Veröffentlichung der ÖTV-Stellungnahme im „Uni-Report“ zugestimmt hatte. Hierzu stellte der Präsident fest:

Die Stellungnahme war auf Bitte der ÖTV veröffentlicht worden. Sie wurde ausdrücklich als Meinung der ÖTV gekennzeichnet. Selbstverständlich vertritt der Präsident zu dem behandelten Thema nicht die Meinung der ÖTV.

Der Bitte um Veröffentlichung im „Uni-Report“ wurde entsprochen, weil die ÖTV im Bereich der Universität eine relevante Gruppe ist. Als solche kann sie wie alle anderen universitären Gruppen im Rahmen rechtlicher und redaktioneller Möglichkeiten im „Uni-Report“ zu Wort kommen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Präsident die dargelegte Meinung teilt oder nicht. Eine „Meinungszensur“, die dem Präsidenten in einigen Kreisen unterstellt wird, findet nicht statt. Der

Präsident verweigert lediglich dann die Veröffentlichung von Beiträgen, wenn von falschen Tatsachen ausgegangen wird, wenn Verleumdungen oder Unterstellungen enthalten sind, juristisch anfechtbare Behauptungen aufgestellt werden oder zu rechtswidrigem Handeln aufgerufen wird. Die Haltung der ÖTV hat bei vielen Bediensteten Widerspruch hervorgerufen. Sie befürchten gerade auch angesichts der jüngsten Vorfälle im Turm, daß eine solche Haltung dazu geeignet ist, zur weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen an der Universität beizutragen. Der Präsident hält in dieser Situation die Stellungnahme der ÖTV für unververtretbar. Die angeblich gefährdeten Rechte werden nicht durch wildes Plakatieren glaubhaft. Wenn diese Rechte wirklich gefährdet wären, gäbe es in unserem Staat genügend Mittel, um hierüber eine rationale Auseinandersetzung zu erreichen. Die Universität hat Plakatflächen zur Verfügung gestellt und wird dies auch weiterhin tun. Von einer Beschneidung der Meinungsfreiheit kann also keine Rede sein. Wenn die ÖTV die zur Zeit zur Verfügung stehenden Plakatflächen nicht für ausreichend hält, sollte sie sich in dieser Frage an den Personalrat wenden. Der Präsident ist jederzeit bereit, mit dem Personalrat eine Vereinbarung über die benötigten Plakatflächen zu treffen.

Humangenetische Beratung im Klinikum

Am Institut Humangenetik im Klinikum der Universität Frankfurt wurde fünf Jahre lang ein Modell „Humangenetische Beratungsstelle“ mit den Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Gesundheit erarbeitet. Aus diesem Projekt entstand am 1. Januar dieses Jahres die Humangenetische Polyklinik. Die Zielsetzung der Beratungsstelle besteht nach den Worten des Leiters der Modellaktion, Prof. Dr. Karl-H. Degenhardt, darin, in ökonomischer und zugleich intensiver und effektiver Weise die modernen Erkenntnisse der Humangenetik in der klinischen Diagnostik und in der Gesundheitsvorsorge nutzbar anzuwenden.

In erster Linie, so Prof. Degenhardt, ist die klinische Humangenetik aufgerufen, den praktizierenden Ärzten in Klinik, Stadt und Land bei differentialdiagnostischen Schwierigkeiten zur Seite zu stehen. Das bezieht sich insbesondere auf die Frage, ob ein genetisches Krankheitsbild vorliegt. Gegebenenfalls ist die Typisierung eines genetisch bedingten Leidens notwendig. Hierzu stehen dem Humangenetiker neben den katamnesticen Untersuchungen spezielle Laboratorien zur Verfügung, die eine diagnostische Entscheidung ermöglichen. Es handelt sich vornehmlich um cytogenetische Untersuchungen und spezielle biochemische Analysen.

Indikationen für ein humangenetisches Consilium des in Klinik und Praxis tätigen Arztes sind folgende Auffälligkeiten:

1. Die familiäre Häufung eines bestimmten Typus einer angeborenen Fehlbildung oder einer Erkrankung.
 2. Die familiäre Häufung von Fehlgeburten und Totgeburten.
 3. Ein gesichertes Erbleiden in der Familie. Hier ist gegebenenfalls die spezifische Definition des Erbleidens für die prognostische Beurteilung und für die Risikoberechnung in bezug auf Nachkommenschaft von Bedeutung.
 4. Die Beobachtung einer multiplen Mißbildung, deren Einstufung noch unklar ist.
 5. Eine Blutsverwandtschaft der Eltern oder der künftigen Ehepartner.
 6. Eine bestehende Gravidität, wenn ein genetisch bedingtes Leiden in der Schwangerschaft oder auch in den beiderseitigen Familien aufgetreten ist, oder wenn ein bestimmtes Ereignis in der Frühschwangerschaft Anlaß zur Beunruhigung gibt (z. B. Rö-Strahleneinfluß oder Medikamente).
- Die Modellaktion entwickelte sich bereits im Berichtsjahr 1972 recht positiv. Bei den einweisenden Institutionen fiel damals auf, daß vor allem die Zusammenarbeit im inneruniversitären Bereich und in den Krankenhäusern inner-

halb und außerhalb Frankfurts intensiviert werden konnte. Praktizierende Ärzte waren in der Überweisung von Patienten noch zurückhaltend. 1973 war die Motivation der Zuweisung bei 344 Patienten vorwiegend aus diagnostischen Gründen wegen

1. angeborene Mißbildungen (82)
2. Verdacht auf Chromosomopathie (108)
3. Erkrankungen spezieller Organe (154)

Vorwiegend aus Gründen präventiver Beratung kamen 1973 insgesamt 182 Patienten. Die reine Eheberatung wegen eines betroffenen Familienmitglieds stand im Vordergrund (126 Fälle). Zunehmend häufig wurde die Bitte um pränatale Fruchtwasseruntersuchung an die Ärzte der Beratungsstelle herangetragen. Von den 108 mit Verdacht auf eine Chromosomopathie überwiesenen Patienten konnten 43 als Träger einer Chromosomenanomalie identifiziert werden. Hierbei handelt es sich in 36 Fällen um autosomale (nicht geschlechtsgebundene Chromosome) und in sieben Fällen um gonosomale Chromosomenfehler, wobei die numerischen Abweichungen ganz im Vordergrund standen. Bei 25 Patienten wurde eine freie G-Trisomie (drei Chromosomen 21), in zwei Fällen eine Translokationstrisomie nachgewiesen. Unter den autosomalen Chromosomenfehlern überwogen dennoch die G-Trisomien mit dem Krankheitsbild des Morbus Down (Mongoloidismus). Im Jahre 1974 stieg die Zahl der Neuzugänge von 466 (1973) auf 619 an, hinzu kamen 144 Patienten zur Wiedervorstellung. Die Motivation der ärztlichen Überweisung war in 366 Fällen überwiegend aus diagnostischen Gründen, in 253 Fällen überwiegend aus Gründen der präventiven Beratung. Bei den diagnostischen Untersuchungen standen die Chromosomenanalysen bei weitem im Vordergrund. Es wurden 249 Lymphocytenkulturen ausgewertet; in 68 Fällen ergaben sich autosomale und gonosomale Chromosomenanomalien. Auch hier stand wieder die G-Trisomie ganz im Vordergrund. Bemerkenswert waren zwei Brüder mit hochgradiger psychomotorischer Retardierung und charakteristischen multiplen Mißbildungen, bei denen sich cytogenetisch eine Trisomie 22 (drei Chromosomen 22, verantwortlich für schwere Hirnschädigungen) feststellen ließ. Durch die Analyse der Bandstruktur der Chromosomen war nachweisbar, daß eines der drei Chromosomen 22 eine perizentrische Inversion hatte; die Mutter hatte in einem der beiden Chromosomen 22 den gleichen strukturellen Defekt. Bei den gonosomalen Aberrationen handelte es sich ausschließlich um numerische Anomalien, wobei die 45 X-Monosomien (Fehlen des weiblichen Chromosoms, verant-

wortlich für Kleinwuchs und mangelhafte geschlechtliche Entwicklung) am häufigsten beobachtet wurden. In Zusammenarbeit mit der Universitäts-Frauenklinik wurde die pränatale cytogenetische Diagnostik bei 32 Schwangeren erfolgreich durchgeführt. Die Indikationen zur Amniozentese und nachfolgenden Amnionzellkultur (Kultivierung von losgelösten, aber lebenden Zellen aus dem Fruchtwasser und Untersuchung hinsichtlich der Chromosomenstruktur) waren hauptsächlich das Altersrisiko nach dem 38. Lebensjahr, ein vorher geborenes Kind mit einem Down-Syndrom, vorhergegangene Frühaborte und Überänglichkeit der Schwangeren aus verschiedenen Gründen. Insgesamt stieg die Zahl der erfolgreich ausgewerteten Amnionzellkulturen auf 83 schwangere Frauen. In sechs Fällen ergaben sich Chromosomenanomalien. Nur in einem Fall war die Anomalie eine Trisomie E (3 Chromosomen E 18, verantwortlich für die Sterblichkeit des Säuglings im ersten Lebensjahr). In diesem Falle wurde eine Interruptio erforderlich. Bei den fünf anderen Fällen handelte es sich um balancierte Robertson'sche Translokationen (Zusammenschluß zweier

Chromosomen, was ein geringes Morbus Down-Risiko bedeutet) mit normaler Fruchtentwicklung.

Inzwischen wurde die pränatale Diagnostik auf solche Risikoschwangerschaften ausgedehnt, bei denen die Geburt eines Kindes mit einer Rücken- oder Spaltbildung erwartet werden konnte. Bei Myelomeningocelen (Blasenbildung) und offenen Spaltbildungen, zu denen auch die Anencephalie (Großhirnlosigkeit) gehört, sind die alpha-Fetoproteine im Fruchtwasser sehr vermehrt. Diesbezüglich besteht eine enge Kooperation mit dem verantwortlichen Kollegen eines Speziallaboratoriums der Universitäts-Kinderklinik.

Im Jahre 1975 kamen 609 Fälle zur Neuaufnahme und 277 Fälle zur Wiedervorstellung. Unter den einweisenden Institutionen waren die Universitätsklinik mit 100 Fällen, Krankenhäuser und praktizierende Ärzte außerhalb Frankfurts mit 265 Fällen vertreten. Die Motivation der Überweisung war in 309 Fällen überwiegend aus diagnostischen Gründen, in 272 Fällen überwiegend wegen präventiver Beratung. Hinzu kamen 28 Anträge auf Interruptio einer Schwangerschaft hauptsächlich wegen Rötelinfection im

ersten Trimenon, Impfungen, Medikamenteneinnahme und fortgeschrittenem Alter. Diagnostische Untersuchungen standen auch im Berichtsjahr 1975 wieder ganz im Vordergrund. Zu diesen diagnostischen Leistungen gehören eine eingehende fotografische Dokumentation und bei Verdacht auf Chromosomopathie Papillarleistenanalysen (Untersuchung des Papillarleistensystems der Hand durch Handabdruck oder mit der Lupe) der Familienmitglieder. Einen besonderen Anstieg zeigte die Zahl der Chromosomenanalysen aus Amnionzellen. Dies ist zweifellos der Aufklärung der Bevölkerung über die Möglichkeiten der pränatalen Diagnostik zuzuschreiben. In 122 Fällen konnten Amnionzellen angezüchtet werden, so daß eine Chromosomenanalyse möglich war. Pathologische Befunde wurden in vier Fällen erhoben, wobei in 3 Fällen eine Interruptio durchgeführt wurde. Chromosomenanalysen aus Blutzellkulturen wurden bei 242 Patienten erfolgreich durchgeführt, in 53 Fällen ergaben sich pathologische Befunde, darunter waren 45 autosomale Anomalien; von den 8 gonosomalen Anomalien waren 7 numerischer Art. Monogene Erbleiden wurden in 49 Fällen gesichert.

Medizinisches Wissen im Computer gespeichert:

Auf Anfrage abrufbar

Das medizinische Wissen vermehrt sich in immer kürzeren Zeitabständen; besser und wirksamere Behandlungsverfahren bieten sich dem Arzt im Kampf gegen Krankheiten an. Mehr medizinische Erkenntnisse in kürzerer Zeit — das bedeutet für den einzelnen Arzt aber auch: mehr Informationen in kürzeren Abständen! Einen Weg durch das drohende Informationswarrump bietet DOFONOS, eine zentrale Sammel- und Auskunftsstelle seltener und ungewöhnlicher Krankheitsbilder. Für den Aufbau dieser „Dokumentations- und Forschungsabteilung für klinische Nosologie und Semiotik“ (Leiter: Prof. Dr. Bernfried Leiber) am Fachbereich Humanmedizin der Universität Frankfurt am Main hat die Stiftung Volkswagenwerk Hannover 950 000 Mark bewilligt.

Allein die Hälfte des jetzigen medizinischen Wissens auf der Welt war noch vor 15 Jahren unbekannt. Ein einzelner vermag jedoch nicht mehr die ständig steigende Flut an Fachliteratur zu überblicken. In den mehr als 14 000 periodisch erscheinenden medizinischen Zeitschriften werden jedes Jahr etwa 700 000 bis eine Million Aufsätze publiziert. Dazu kommen noch unzählige Monographien, Bücher und Broschüren.

Können Ärzte mit dieser Masse neuer Informationen noch fertig werden? Wie ist sicherzustellen, daß der behandelnde Arzt die Krankheitssymptome richtig deutet und daß seine Behandlung wirklich dem neuesten Stand medizinischer Erkenntnisse entspricht?

Vor mehr als fünfzehn Jahren hat der Frankfurter Mediziner Professor Leiber sein auch heute noch einmaliges und ungewöhnliches Dokumentations- und Forschungsprojekt geplant, das die Speicherkapazität und Geschwindigkeit des Computers in den Dienst des Arztes bei Diagnose und Therapie stellt. Damals, im Jahre 1961, hatte er erkannt, daß der behandelnde Arzt dringend eine zentrale Stelle benötigte, die in der Lage war, ihm beim Auftreten seltener, ungewöhnlicher und neuartiger Krankheitsbilder mit allen

verfügbaren Informationen schnell zu versorgen. Denn mit dem Fortschritt medizinischer Erkenntnis wächst auch die Zahl der bekannten Krankheitsbilder. Waren es noch vor 50 Jahren nur 3000, so verzeichnet die Fachliteratur heute bereits über 30 000 verschiedene Krankheitsbilder. Und jährlich kommen etwa 500 hinzu.

Prof. Leiber konzentrierte sich auf den wichtigsten Bereich, in dem der Arzt am nötigsten Hilfe braucht, nämlich auf die seltenen, ungewöhnlichen oder neuen Krankheitsbilder, die nicht zur täglichen Routine des Arztes gehören. Mit Starthilfe der Stiftung Volkswagenwerk konnte Professor Leiber Ende 1969 die „Dokumentations- und Forschungsabteilung für klinische Nosologie und Semiotik“ gründen und in Betrieb nehmen; seit 1974 trägt das Land Hessen die laufenden Kosten.

Nur ein leistungsfähiges Computer-System kann bei diesen wissenschaftlichen Arbeiten Hilfe bringen, denn die Menge des zu verarbeitenden Materials ist mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr zu bewältigen. Selbst bei geschicktem Dokumentationsaufbau sind etwa 70 Millionen Speicherstellen erforderlich. Ein an das Hochschulrechenzentrum angeschlossenes Terminal dient der Datenerfassung, der Datenübermittlung, der Bear-

beitung des Materials und unter fachärztlicher Mitwirkung schließlich auch der Beantwortung von Anfragen der Ärzte.

Mit Hilfe dieses Computer-Systems werden sowohl das internationale Schrifttum als auch die Informationen verarbeitet, die aus den Anfragen der Ärzte hervorgehen. Die Frankfurter Wissenschaftler sind zweifellos in manchen Dingen noch am Beginn, zugleich aber auch an der Spitze einer weltweiten Entwicklung, an deren Ende aufgrund einheitlicher internationaler Begriffe über den Computer jedem Arzt das Wissen der besten Kapazitäten der Welt zur Verfügung gestellt werden kann.

Schon heute hoffen Professor Leiber und seine Mitarbeiter, mit ihrer Arbeit mit dazu beitragen zu können, daß es eine neue Katastrophe von der Art der Contergan-Mißbildungen nicht mehr geben wird. Sie sind überzeugt: Die Zahl der Contergan-Opfer hätte niemals das erreichte Ausmaß annehmen können, wenn die Frankfurter Sammel- und Auskunftsstelle bereits 1961 existiert hätte und ihre Erkennungs- und Warnfunktionen in Betrieb gewesen wären.

DOFONOS steht allen Ärzten im In- und Ausland für Auskünfte kostenlos zur Verfügung. Die Anschrift lautet: Zentrum der Medizinischen Informatik, Abteilung für klinische Nosologie und Semiotik (DOFONOS), Theodor-Stern-Kai 7, 6000 Frankfurt am Main 70, Tel.: 06 11-63 01 56 03.

Eine Koordination zwischen DOFONOS und dem Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI), Köln, das die gesamte medizinische Literatur nachweist, ist gewährleistet.

Probleme der Abrüstung

Der Bund demokratischer Wissenschaftler veranstaltet am 6. und 7. Mai an der TH Darmstadt eine Fachtagung mit dem Titel „Probleme der Abrüstung und die Aufgaben der Wissenschaftler“. Vorgelesen als Programm sind am ersten Tag drei Einführungsreferate über die nationalen und internationalen Bedin-

gungen der Abrüstung und die Möglichkeiten und Aufgaben der Wissenschaftler auf dem Weg zur Abrüstung, am zweiten Tag Arbeitsgruppen zu verschiedenen Teilaspekten. Interessenten können sich bei der Geschäftsstelle des Bundes demokratischer Wissenschaftler, Postfach 1162, 3550 Marburg, anmelden.

Sperl-Preise für 1976 und 1977 wurden verliehen

Den Preis, den Dr. h. c. Friedrich Sperl, Ehrensenator der Universität Frankfurt, gestiftet hat und der als Finanzierungshilfe für den Druck von Dissertationen vorgesehen ist, erhielt für das Jahr 1976 Dr. Werner Peukert, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Historische Ethnologie. Er hat in seiner Dissertation, die vom Direktor des Frobenius-Instituts, Prof. Eike Haberland, betreut wurde, auf theoretischem, methodologischem und empirischem Gebiet neue Erkenntnisse erzielt, die sowohl für die engeren Fachkreise richtungsweisend als auch für die Öffentlichkeit von Bedeutung sein werden. In seiner Arbeit:

„Der atlantische Sklavenhandel von Dahome (1740–1797): eine Untersuchung zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Afrikas und zur Wirtschaftsanthropologie“ widerlegt er die sogenannte „atlantische Theorie“, nach der Afrika durch den atlantischen Sklavenhandel vom 15. bis 19. Jh. zugrunde gegangen sei und erkennt sie als eurozentrische Mythe. Er weist nach, daß die innerafrikanischen Strukturen so hoch entwickelt waren, daß die europäischen Einflüsse nur eine Nebenrolle spielten. Das erklärt die historischen Wurzeln der heutigen Unabhängigkeit des Kontinents, ohne die tragende Rolle Europas bei der tragischen Verschiffung von Millionen Afrikanern nach Amerika zu verdecken. Durch die erstmalige statistische sozialökonomische Auswertung von Schiffs- und Fortrechnungsbüchern gelingt es, diese Ansichten zweifelsfrei zu belegen. Auf theoretischem Gebiet interpretiert der Autor diese Ergebnisse überzeugend durch die Verbindung neoevolutionistischer und strukturell-funktionaler Betrachtungsweisen und beweist damit die Wichtigkeit dieser oft angefeindeten Elemente der allgemeinen Kultur- und Anthropologie, der modernen theoretischen und empirischen kulturenvergleichenden Ethnologie.

Die Verleihung des Preises für das Jahr 1977 fiel bereits in die ersten Januar-Wochen, als Friedrich Sperl seinen 80. Geburtstag beging. Der Historikerkreis widmete ihm das jüngste Heft der Frankfurter Historischen Vorträge: Klaus Hildebrand: „Das deutsche Reich und die Sowjetunion im internationalen System 1918–1932. Legitimität oder Revolution?“ (Frankfurter Historische Vorträge 4, 1977). Aus Dank für die Verdienste von Dr. Sperl um die Universität hatte die Philosophische Promotionskommission zum 80. Geburtstag eine kleine Feier in der Stadt- und Universitätsbibliothek arrangiert, auf der auch der Preis 1977 verliehen wurde. Die Grußworte seitens des Fachbereichs Geschichtswissenschaften sprach Prof. Walther Lammers. Dr. Sperl dankte bewegt; sein dabei gegebener Rückblick auf einzelne Etappen seines Lebens wurde von allen Seiten mit großem Interesse und Anteilnahme aufgenommen.

Die Trägerin des Preises für das Jahr 1977 ist Theodora Raupach. Sie hat als Schülerin von Prof. Jochen Bleicken ihre Doktorprüfung mit Hauptfach Alte Geschichte mit der Höchstnote „eximium“ bestanden. Ihre Dissertation behandelt die Herrschaftsformen Roms in Italien vor allem des 4. und 3. Jhs. v. Chr. („Das römische Bundesgenossensystem in Italien“), als Roman der Schwelle seiner nochmals so großartigen Weltherrschaft steht, die, gerade darum, die Sicht ganzer großer Generationen von Althistorikern geblendet hat. Eine Neubestimmung auf das Ursprüngliche wurde notwendig. Frau Raupach fand in ihrer Arbeit einen neuen Ansatz für das Verständnis der römischen Expansion in Italien, indem sie zunächst die bislang vorwiegend aus dem juristischen Verständnis kommenden römischen Begriffe zum Herrschaftsproblem – von „tribus“ bis hin zu den Bundesgenossenschaften – durch eine

neue Begrifflichkeit ersetzt hat, die, nunmehr bar der seit jeher an den römischen Termini haftenden antiquarischen Überlegungen nun den Weg zum grundsätzlich neuen Verständnis öffnet; dies zunächst statisch. Haben nun diese neuen Bausteine eine solide Grundlage ergeben, ging es an das Dynamische: nicht rückblickend, gleichsam aufgesetzt, wird das römische Herrschaftssystem vor dem ersten punischen Krieg in Italien dargestellt, sondern aufbauend, im Ablauf. Frau Raupach fragt immer wieder danach, warum zur gegebenen Zeit die verschiedenen Arten der römischen Herrschaft an dem gegebenen Ort so und nicht anders gestaltet waren. Diese neue Sicht ist der Kern der Arbeit. Sie bringt entschieden neue Impulse in die Forschung, weit mehr, als eine Dissertation es gemeinhin zu erbringen pflegt.



Die Verleihung des Sperl-Preises 1977 und der 80. Geburtstag des Ehrensenators der Frankfurter Universität, Dr. med. h. c. Friedrich Sperl, waren der Anlaß für eine Feier, die die Philosophische Promotionskommission in der Stadt- und Universitätsbibliothek veranstaltete. Unser Foto zeigt den Ehrensenator zusammen mit der Preisträgerin Theodora Raupach, die für ihre historische Dissertation „Das römische Bundesgenossensystem in Italien“ ausgezeichnet wurde. Foto: Heisig

Ehrendoktor für amerikanischen Rechtshistoriker John P. Dawson

Der Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Frankfurt verlieh am 11. Januar in Anwesenheit namhafter in- und ausländischer Wissenschaftler die Ehrendoktorwürde an Prof. Dr. John P. Dawson von der Universität Harvard (USA). Der Fachbereich ehrte damit nicht nur einen Rechtshistoriker von Weltrang, sondern auch einen Mann, der sich um die Förderung des Verständnisses deutscher Rechtskultur in den Vereinigten Staaten und in der englisch sprechenden Welt verdient gemacht hat. Der Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Frankfurt fühlte sich in besonderer Weise dazu berufen, Prof. Dawsons wissenschaftliche Arbeiten zu würdigen, da Frankfurt immer ein Mittelpunkt rechtsvergleichender Arbeit und internationaler wissenschaftlicher Verständigung

insbesondere mit der amerikanischen Jurisprudenz war und sich seit langem die für das Dawsonsche Werk grundlegende Verbindung von rechtshistorischer und -vergleichender Forschung zur wichtigen Aufgabe gemacht hat.

Prof. Dawson wurde 1902 in Detroit geboren. Nach dem juristischen Studium an der University of Michigan, das er mit dem J. D. (Juridical Doctor) abschloß, promovierte er in Oxford zum Dr. phil. Von 1927 bis 1957 lehrte er als Professor an der University of Michigan Law School, 1957 nahm er einen Ruf nach Harvard an. Während seiner nunmehr vier Jahrzehnte dauernden juristischen Forschungsarbeit hat Dawson die Grundstrukturen des Vertragsrechts und der Ausgleichsordnung daraufhin untersucht, in welcher Weise

sie zur Bewältigung der drängenden Probleme krisenanfälliger Gesellschaften beizutragen vermögen. Dabei erscheint Recht nicht nur als abstraktes System von Normen und Regeln, sondern immer zugleich als ein historisch klärendes Gefüge, das von genau beschriebenen Gruppen und Individuen bestimmt wird. Dieser Aspekt kulminiert in den großen Monographien zum Laienrichtertum (a history of lay judges, 1960) und zur Entstehung von Richterrecht in den wichtigsten europäischen Rechtsordnungen (the oracles of law, 1968). Das letztgenannte Buch ist nicht nur ein Modellbeispiel für vergleichende Rechtsgeschichte, sondern bildet zugleich eindringlich den Höhepunkt einer das ganze Werk durchziehenden eindringlichen Beschäftigung mit dem deutschen Recht.

Dr. h.c. F. Sperl 80 Jahre

Dr. med. h.c. Friedrich Sperl, der nach dem 2. Weltkrieg die Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität wiederaufbaute, deren langjähriger Vorsitzender er war, und sich in vielfältiger Weise für die Universität einsetzte, wurde am 1. Januar dieses Jahres 80 Jahre alt.

Friedrich Sperl wurde 1897 in Bromberg geboren. Nach dem 1. Weltkrieg studierte er Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre, nahm dann verschiedene Tätigkeiten bei der preußischen Ministerialverwaltung, im Börsen- und Kreditwesen sowie in Reichsministerien wahr. 1944 wurde er im Zusammenhang mit der Widerstandsbewegung des 20. Juli verhaftet.

Nach dem 2. Weltkrieg war er als anerkannter Fachmann maßgeblich am Wiederaufbau des Währungswesens in den Westzonen beteiligt. 1965 trat er als langjähriger Vorsitzender des Geld-, Kredit- und Währungsausschusses des Bundesverbandes der Deut-

schen Industrie in den Ruhestand.

Seither hat sich Dr. Sperl in verstärktem Maße für die Universität eingesetzt. 1965 wurde er Vorsitzender des Stiftungsrates der Paul-Ehrlich-Stiftung, die einen der im medizinischen Bereich weltweit anerkanntesten Preise verleiht. 1965 bis 1970 war er Vorsitzender der Vereinigung der Freunde und Förderer der Universität. Danach stiftete er den Sperl-Preis, der jährlich für die beste Dissertation in den Fachbereichen, die aus der ehemaligen Philosophischen Fakultät entstanden, vergeben wird.

Friedrich Sperl wurde 1957 mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Die Universität machte ihn 1962 zum Ehrenbürger, 1965 zum Ehrensenator. Im März 1974 verlieh ihm der Fachbereich Humanmedizin der Universität Frankfurt die Ehrendoktorwürde.



Im Anschluß an einen wissenschaftlichen Vortrag verlieh der Fachbereich Rechtswissenschaft die Ehrendoktorwürde an den amerikanischen Rechtshistoriker John P. Dawson. Unser Bild zeigt von links nach rechts die Professoren Helmut Coing, John P. Dawson, Dekan Hans-Léo Weyers und Friedrich Kübler. Foto: Heisig

Didaktische Ausbildung von Hochschullehrern

Vom 3. bis 6. Januar 1977 fand in der Werner-Reimers-Stiftung, Bad Homburg, ein Symposium „Hochschuldidaktische Aus- und Fortbildung von Hochschullehrern“ statt. Die Tagung wurde vorbereitet und durchgeführt von Prof. Dr. U. P. Ritter, Professur für Hochschuldidaktik an der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt. Auftraggeber war die Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik e. V. (AHD), Hamburg, die Kosten trug die Stiftung Volkswagenwerk. An der Tagung nahmen 25 Wissenschaftler aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Dänemark, Großbritannien, Kanada, Österreich und der Schweiz teil. Alle Teilnehmer haben in den letzten Jahren an der Entwicklung von hochschuldidaktischen Aus- und Fortbildungsprogrammen für Hochschullehrer gearbeitet. Ziel des Symposiums war es, den Erfahrungsaustausch zwischen den Hochschulpädagogen des In- und Auslandes durch gegenseitige Information zu fördern, die Möglichkeiten der Kooperation zu verbessern, eine Zwischenbilanz zu ziehen und zukünftige Arbeitsgebiete abzustecken.

Die wichtigsten auf dem Symposium behandelten Themen waren:

– Inhalt und Form hochschuldidaktischer Aus- und

Fortbildungsangebote für Hochschullehrer, insbesondere wie man an den Lehrproblemen der Angesprochenen anknüpfen kann;

– Mittel und Wege, die Bereitschaft der Adressaten zu fördern, sich an dieser freiwilligen Aus- und Fortbildung zu beteiligen;

– Schwierigkeiten und Probleme, die mit der Entwicklung und Durchführung derartiger Veranstaltungen verbunden sind;

– Erfolge und Mißerfolge, die in der bisherigen hochschuldidaktischen Aus- und Fortbildung von Hochschullehrern zu verzeichnen waren.

Von allen Teilnehmern wurde das Symposium als sehr erfolgreich und fruchtbar bewertet. Dies wurde auf die neuartige Tagungsdidaktik während des Symposiums und auf die fast halbjährige Vorbereitung zurückgeführt, die im Austausch von schriftlichen Diskussionsbeiträgen, Stellungnahmen und Problembeschreibungen bestand.

Übereinstimmend wurde auf die Notwendigkeit der hochschulpädagogischen Ausbildung von Hochschullehrern hingewiesen, die unter den sich wandelnden und in vielfacher Hinsicht schwieriger werdenden Bedingungen an den Hochschulen immer wich-

tiger werde. Die Anwesenden begrüßten, daß deutsche Hochschuldidaktiker sich verstärkt den praktischen Problemen der einzelnen Hochschullehrer zuwenden. Auch auf diesem Weg sei dafür Sorge zu tragen, daß trotz steigender Studentenzahlen und der sich verschlechternden materiellen Bedingungen in den Hochschulen fruchtbare Ansätze für eine Studienreform nicht völlig verschüttet würden.

Die Teilnehmer begrüßten den mit diesem Symposium unternommenen Versuch, die ausländischen Erfahrungen bei der hochschulpädagogischen Aus- und Fortbildung von Hochschullehrern für die deutschen Universitäten nutzbar zu machen. Interesse fanden insbesondere die Informationen über die Programme und Erfahrungen in England, Dänemark, Kanada, den USA und den sozialistischen Ländern. In diesem Zusammenhang forderten gerade die Teilnehmer aus dem Ausland die deutschen Hochschulpädagogen auf, aus ihrer Isolierung herauszutreten und auf internationalen Tagungen und Veranstaltungen, auf denen sie bisher unterrepräsentiert seien, Anschluß an die weiter fortgeschrittene Entwicklung anderer Länder zu suchen.

Über das Symposium soll ein Berichtband erstellt werden, der auch die einzelnen Ausbildungskonzepte und Kursangebote dokumentiert. Außerdem wollen die Teilnehmer über einen „Rundbrief“ weiter in Kontakt bleiben und sich in regelmäßigen Abständen zu einer Fortführung der Diskussion treffen. Zu diesen Veranstaltungen sollen auch andere interessierte Hochschullehrer eingeladen werden. Die Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik wurde gebeten, die organisatorischen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Studienplatztausch

Angeregt durch den Wunsch vieler neuimmatrikulierter Studenten, bereits im ersten Semester den Studienort zu wechseln, hatten die Mitarbeiter des Modellversuchs Studienberatung an der Frankfurter Universität während der Immatrikulationskampagne zum Wintersemester 1976/1977 Studienorttausch-Wunschlisten zusammengestellt. Obwohl diese Listen von den Ratsuchenden stark in Anspruch genommen wurden, wird diese Aktion nun beendet. Der Grund liegt darin, daß die Studentenberatungszentralen der anderen bundesdeutschen Hochschulen, die alle angeschrieben und mit den Listen versorgt wurden, nicht reagierten.

Die Mitarbeiter des Frankfurter Modellversuches schließen daraus, daß Hochschulen die Probleme, die durch das Vergabeverfahren der ZVS hinsichtlich der Studienortzuweisung entstehen, selbst nicht lösen können. Nach ihrer Ansicht wäre die beste Lösung, wenn die ZVS durch geeignete Computerprogramme die Möglichkeit schafft, auch im Ring- und

Zeittafel für das SS 77

Beginn des SS 1977	1. April
Vorlesungsbeginn	18. April
Vorlesungsschluß	15. Juli
Ende des SS 1977	30. September
Vorlesungsfreie Tage:	19. Mai, Christi Himmelf.
	28. Mai, Pfingstsonntag
	30. Mai, Pfingstmontag
	31. Mai, Wäldchestag
	9. Juni, Fronleichnam
	17. Juni, Tag d. dt. Einheit

Holland-Exkursion

In der Zeit vom 3. bis 8. Oktober 1976 haben wir unter Leitung von Prof. Dr. P. Kutter eine Exkursion nach Holland unternommen. Dabei wurden psychiatrische und psychoanalytische Institutionen in Amsterdam, Rotterdam und Groningen besucht.

Wir – das sind 24 Mitarbeiter und Studenten des Instituts für Psychoanalyse aus den Fachbereichen Psychologie und Erziehungswissenschaften. Wie vielfältig unsere Erfahrungen sein sollten, erfüllen wir bereits bei unserem ersten Besuch, dem „Dag-Centrum“ in Amsterdam. Hier findet eine ambulante psychische Nachversorgung von Drogenabhängigen statt.

Interessant waren Prof. Geerlings Bemerkungen zur Anwendung der Schreibtherapie nach Cashriel, die er – nach Selbsterfahrung – nun zur Förderung der Regression und zur Abwendung vom autistischen Rückzug bei der analytischen Psychotherapie von Drogen-Abhängigen einsetzt.

Der Verlauf der Exkursion war in drei Anwendungsschwerpunkten der Psychoanalyse gegliedert, zu denen sich die Teilnehmer in Untergruppen vorbereitet hatten. Dies war zunächst Psychiatrie und klinische Psychologie. Dazu besuchten wir die Psychiatrische Klinik in Amsterdam (Prof. Kuiper). Bei der Diskussion mit ihm und seinen

Mitarbeitern kam es zu einem Diskurs metatheoretischer Standpunkte.

Kuiper versteht Metapsychologie als ein System von Interpretation psychischer Phänomene, als hermeneutisches Organon, dem einige Teilnehmer ihren Standpunkt – Psychoanalyse als tiefenhermeneutische Sprachanalyse (Habermas) und kritische Hermeneutik (Korenzer) – gegenüberstellten.

Fragen der Ausbildung wurden mit Prof. Cassee diskutiert, der eine unserem Institut vergleichbare Einrichtung an der Freien Universität Amsterdam leitet. Den Abschluß dieses Schwerpunktes bildete ein Besuch der Psychiatrischen Klinik Groningen (Prof. van Dijk), wo wir einiges über Integrationsversuche verschiedener psychotherapeutischer Verfahren kennenlernen konnten.

Besonderen Anklang fand eine Demonstration der ‚Pso-Therapie‘ (body-work) an der die Teilnehmer aktiv teilnahmen.

Der zweite Schwerpunkt war die Kinder- und Jugendpsychiatrie. Unser erster Besuch dazu galt der Kinderpsychiatrie in Amsterdam unter der Leitung von Prof. Frjiling-Schreuder und Prof. de Levita. Wir diskutierten die Unterschiede der Ausbildung zum Kinderanalytiker des englischen und deutschen Modells. Im Gegensatz zur zweistufigen englischen Ausbildung, bei der der Kinderanalytiker zunächst die Ausbildung zum Psychoanalytiker absolviert haben muß, kann in Deutschland der Psychologe oder Pädagoge nach dem Diplom und einer dreijährigen Praxis die Ausbildung zum analytischen Kinder- und Jugendlichen-Therapeuten beginnen. Sie wird allerdings auch nur im nationalen Rahmen anerkannt. Abschließend besuchten wir die Kinderpsychiatrie in Rotterdam (Prof. Thiel und Prof. Sanders-Woustra) und konnten an einem sehr lebendig vorgetragenen Fall Indikationsprobleme erörtern.

Einer der Höhepunkte der Exkursion war der ganztägige Besuch der Van Mesdag-Klinik in Groningen. Dort wird modellhaft versucht, Delinquenten über analytisch orientierte Soziotherapie zu resozialisieren.

Zur Bearbeitung der Entwicklungsstörung frühkindlicher Objektbeziehungen wird auch analytische Einzelpsychotherapie eingesetzt.

Unser Besuch in Holland wurde abgerundet durch einen Streifzug durch die Geschichte der Psychoanalyse.

Thomas Bungardt/
Ronald Oerter

Archäologie in Libyen

Im Rahmen des Kolloquiums „Neue Funde und Forschungen“ des Archäologischen Instituts hat kürzlich A. Schmidt-Colinet über eine Reise in Libyen berichtet. Die Teil einer einjährigen Studienreise um das östliche Mittelmeer gewesen ist. Es ist der Universität zu danken, daß sie einen Weg gefunden hat, Herrn Schmidt-Colinet die Reise im Rahmen seiner Frankfurter Dienstaufgaben zu ermöglichen.

Im Libyen sind gewaltige Anstrengungen im Gange, die römischen Städte von Sabratha nahe der tunesischen bis Cyrene nahe der ägyptischen Grenze auszugraben und zu restaurieren. Die meiste Arbeit wird von den erfahrenen Italienern in Zusammenarbeit mit dem libyschen Antikendienst geleistet.

Die Regierung fördert die Arbeiten finanziell und materiell und treibt sie sogar voran, indem sie Termine setzt. Der Aufwand und die Eile erinnern beinahe an die Entwicklung einer lebenswichtigen Industrie. Die archäologische Tätigkeit scheint für Libyen in der Tat eine vergleichbare Bedeutung zu haben und gleichzeitig auf den möglicherweise nicht mehr fernen Tag vorzubereiten, an dem das Land sich dem Tourismus öffnen könnte. Vielleicht denkt man in Libyen schon heute daran, daß sich die Zukunft des reichen Landes nicht immer oder ausschließlich auf das Öl gründen kann.

Die Archäologie steht hier offensichtlich im Dienste nicht nur wissenschaftlicher oder kulturpolitischer, sondern auch wirtschaftlicher Interessen. Das ist heute bekanntlich keine Seltenheit mehr und

wird in anderen Ländern der Dritten Welt sogar von der UNESCO in Rechnung gestellt, die sich nicht allein wie an Nil und Euphrat für die Rettung der durch die neuen Staudämme bedrohten historischen Denkmäler engagiert, sondern auch antike Stätten für den Tourismus aufbereiten hilft, damit das betreffende Land zu den dringend benötigten Einkünften kommt. Im Augenblick steht in dieser Hinsicht vor allem Jordanien auf dem Programm.

Die deutsche Archäologie ist in Libyen nicht präsent, obwohl sie auch dort dank ihrer großen Tradition in hohem Ansehen steht. Das Interesse an einem Engagement der deutschen Archäologie wird im Lande vorsichtig, aber bestimmt geäußert. Sucht man nach den Gründen für unsere Abstinenz und versucht man, die Aussichten für die Zukunft abzuschätzen, so muß sich der Blick nicht zuletzt auf unsere Universitäten richten. Wenn Studentenzahlen die einzige Grundlage für die Wertung einer Wissenschaft und die Zuweisung von Planstellen und Forschungsmitteln werden, wird die deutsche Archäologie, so weit sie an Universitäten betrieben wird, bald von der internationalen Bühne verschwinden und in Provinzialität versinken und mit ihr ein Stück Universität selbst.

Es ist anerkennenswert, daß die Archäologie in Frankfurt bisher noch gut davongekommen ist. Dieser kurze Bericht soll jedoch daran erinnern, daß Universitäten neben der Ausbildung von möglichst vielen Studenten in möglichst kurzer Zeit auch noch andere Aufgaben haben. Hans v. Steuben

Nordamerikanische Städte Physikalisches Institut veranstaltet Kolloquien

Am 26. Januar hält Prof. Dr. Voppel (Hannover) im Winterprogramm der Frankfurter Geographischen Gesellschaft einen Vortrag über das Thema „Nordamerikanische Städte – Struktur- und Entwicklungsfragen“. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr im Hörsaal der Geowissenschaften. Uni-Report erhielt vorab eine Zusammenfassung des Vortrags: Amerikanisches Tempo war einst ein Begriff, der die Wachstumsintensität amerikanischer Großstädte umschrieb. Auch gegenwärtig ist diese Entwicklung noch nicht zum Stillstand gekommen. Seit 1900 hat die Bevölkerung in den Vereinigten Staaten von Amerika um 150 Prozent zugenommen, in den Städten mit mehr als einer halben Million Einwohnern jedoch um 280 Prozent. Eine derartige Wachstumsdynamik ist mit einem Wandel in Aufbau und Funktionsweise der Städte verbunden. Wesentlich trägt zur Erklärung des Verstärkungsprozesses – wie auch in anderen Staaten – die Industrialisie-

rungswelle bei, die sich in Amerika seit Ende des 19. Jh. mit voller Wucht auswirkt. Die nordamerikanischen Städte sind durch eine relativ kurze Geschichte ihrer Entwicklung – erinnert sei an die 200-Jahr-Feier – gekennzeichnet. Sie zeigen eine gewisse Übereinstimmung und teilweise sogar Uniformität im äußeren Erscheinungsbild, verursacht durch ihren kolonialen Ursprung, das Fehlen mittelalterlicher Traditionen, die planmäßige Anlage und das System der Landvermessung und Landvergabe. Auch hat die gesamte strukturelle Entwicklung Nordamerikas seine Städte in gewissem Maße gleichsinnig überformt. Dennoch sind die nordamerikanischen Städte als Typen und Individuen differenziert. Hierzu tragen physisch-geographische Bedingungen wesentlich bei. Insbesondere aber haben im Zusammenhang mit der geographischen Lage die verschiedenen städtischen Funktionsfelder zur Differenzierung der nordamerikanischen Städte geführt.

Kontinentale und lokale Wanderungsströme in spezifischer demographischer Zusammensetzung haben phasenweise regionales Städtewachstum und den Wandel eines städtischen Kern- und Nahraumes bestimmt. Nach Darstellung der Entwicklung und räumlichen Verteilung von Städten in Nordamerika auf Grund des gegebenen städtischen Potentials (z. B. Hafenverkehrlage, bedeutende Rohstofflagerstätten) folgt ein Überblick über den Verlauf der Verstärkung. Hier wird insbesondere der Zusammenhang mit der Industrialisierung verdeutlicht: branchenspezifische räumliche Industrieentwicklungen steuern den Strukturwandel der Städte. Sodann werden die strukturelle Umgestaltung der Stadtregionen im Innern durch Kern-Randwanderung, Degeneration von Stadtvierteln und Suburbanisation im Zusammenhang mit Rassenproblemen und neue Wohn- und Siedlungsformen angesprochen.

Das Physikalische Institut der Universität Frankfurt veranstaltet am 2. und 9. Februar Kolloquien (siehe Veranstaltungen). Uni-Report erhielt dazu kurze Erläuterungen;

Synergetik: Nicht-Gleichgewichts-Phasenübergänge und Selbstorganisation

Die Synergetik ist ein neues, interdisziplinäres Forschungsgebiet. Sie untersucht, wie nach gleichen Prinzipien in der Physik, Chemie, Biologie, Soziologie und anderen Gebieten durch Zusammenwirken sehr vieler Einzelsysteme neuartige makroskopische Strukturen und Funktionen entstehen. Beispiele hierfür sind selbsterregte Oszillationen in Flüssigkeiten, kohärente Ausstrahlung von Laserlicht, bestimmte Typen von Wolkenformationen, räumliche Strukturen bei chemischen Reaktionen, biologische Selektions-

und Evolutionsprozesse, Morphogenese, Polarisationserscheinungen in der Soziologie usw.

Spektroskopie zwischen den Sternen

(Neuere Ergebnisse in der Molekül-Radioastronomie mit dem 100-m-Radioteleskop).

Durch spektroskopische Methoden wurden bisher mehr als 40 Moleküle im Weltraum nachgewiesen. Einem kurzen Überblick über den Zustand der interstellaren Materie folgt, durch einige ausgewählte Beispiele erläutert, wie aus radioastronomischen Beobachtungen interstellarer Moleküllinien und aus entsprechenden Laborexperimenten der physikalische und chemische Zustand dieser Molekülwolken erforscht werden kann. Es zeigt sich, daß in vielen dieser Molekülwolken Sterne geboren werden.

Im **Fachbereich Mathematik (Prof. Bliedtner)** ist ab 1. 4. 1977 bis 31. 3. 1980 eine BAT IIa-Stelle für einen

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITER

zu besetzen. Aufgabengebiet: Reelle Analysis. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem Wissenschaftlichen Mitarbeiter Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbes. zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben (§ 45 HUG).
Einstellungsvoraussetzungen: Abgeschlossenes Studium an einer wissenschaftl. Hochschule im Fach Mathematik.
Bewerbungen sind bis zum 10. 2. 1977 an den Dekan des FB Mathematik zu richten.

An der **Universität Frankfurt/M., Seminar für Wirtschaftsgeographie Fachbereich 18** ist ab 1. 4. 1977 die Stelle einer

VERW. ANGESTELLTEN (BAT VIb)

zu besetzen.
Der Tätigkeitsbereich umfaßt die weitgehend selbstständig zu leistende allgemeine Sekretariatsarbeit sowie die Abwicklung stud. Publikumsverkehrs. Vorausgesetzt werden u. a. gute Steno- u. Schreibmasch.-Kenntnisse u. Berufserfahrung in ähnl. Stellungen. Kenntn. in engl. u. franz. Sprache sind sehr erwünscht. Bewerbungen m. d. üb. Unterlagen sind schriftl. zu richten an den Geschäftsf. Direktor des Sem. f. Wirtschaftsgeographie, Joh. W. Goethe-Universität Frankfurt/M., Bockenheimer Landstr. 140, 2. Eing. (Hof), 6000 Frankfurt/M., (Tel. 7 98-23 25).

Im **Geographischen Institut, Betriebseinheit Physische Geographie, Fachbereich Geowissenschaften (17)**, ist für die Zeit vom 18. April 1977 bis 15. Juli 1977 (SS 77) (4 Std./Wo.) die Stelle eines

AKADEMISCHEN TUTORS

für die Durchführung von Labor- und Geländepraktika zu besetzen. Verantwortlicher Hochschullehrer: Prof. Dr. W. L. F. Brinkmann.
Bewerbungen sind umgehend schriftlich einzureichen: An den Geschäftsführenden Direktor der Physischen Geographie, Fachbereich 17.
Die Ausschreibung dieser Stelle erfolgt vorbehaltlich der entsprechenden Haushaltsmittelzuteilung.

Wir suchen für sofort oder später einen

OPERATOR

für die beiden Rechenanlagen UNIVAC 1108 und 9300, für das Operating an den peripheren Geräten U 1108 und zur Bedienung der Remotestation 9300.
Besoldung: BAT VI b.
Gegebenenfalls erfolgt Einarbeitung.
Bewerbungen wollen Sie bitte bis zum 31. Januar 1977 an das Hochschulrechenzentrum (HRZ), Gräfenstraße 38, 6000 Frankfurt (M) 1, senden.

In der **Liegenschafts- und Technischen Abteilung** ist ab sofort die Stelle eines

KRAFTFAHRERS

(Lohngruppe MTL VI) zu besetzen.
Bewerber müssen mindestens den Führerschein Klasse III besitzen. Zu den Aufgaben des Stelleninhabers gehört sowohl das Fahren von PKWs als auch von Klein-LKWs.
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an den Kanzler der J. W. Goethe-Universität, Liegenschafts- und Technische Abteilung, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt/M.

Beim **Wahlamt der Universität** ist sofort die Stelle eines

SACHBEARBEITERS (BAT Vc)

zu besetzen.
Das Arbeitsgebiet umfaßt die technischen Fragen der Wahlvorbereitung und der Wahl. Zusammensetzung und Ergänzung der Fachbereichsräte, Vertretung des Dienststellenleiters, Geschäftsbedürfnisse und Formblattbeschaffung, Führung der Wahlkartei (Humanmedizin). Die Tätigkeit erfordert – außer allgemeiner Verwaltungserfahrung und Kenntnisse des Universitätswahlrechts – Gewandheit in Wort und Schrift, Flexibilität sowie Organisations- und Improvisationsvermögen.
Bewerbungen werden bis zum 5. Februar 1977 erbeten an den Kanzler der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main.

Im **Seminar für Wirtschaftsgeographie (Fb 18 Geographie)** der Universität sind ab 1. April 1977 bis 30. Sept. 1977 6 Stellen für

WISSENSCHAFTL. HILFSKRÄFTE (ohne Abschluß)

zu besetzen. Es handelt sich dabei um 3 Stellen zu je 50 Stunden und 3 Stellen zu je 35 Std. (monatlich).
Aufgabengebiete: Assistenz der Hochschullehrer, Betreuung der diversen Sammlungen, Hilfsarbeiten in Lehre und Forschung.
Bewerbungen bis spätestens 11. Februar 1977 an den Geschäftsführenden Direktor des Sem. f. Wirtschaftsgeographie, Universität Frankfurt/M., Bockenheimer Landstr. 140 (2. Eing.) im Hof.

Das Institut für ländliche Strukturforchung sucht ab sofort eine

SEKRETÄRIN

für das Vorzimmer des Institutsleiters. Erwartet werden gute Stenografie- und Schreibmaschinenkenntnisse sowie Erfahrung in den üblichen Sekretariatsarbeiten. Die Vergütung erfolgt nach BAT VIb. Bewerbungen sind zu richten an das Institut für ländliche Strukturforchung, Zeppelinallee 31, 6000 Frankfurt 1, Telefon: 77 50 01.

Im **Fachbereich Geschichtswissenschaften (FB 8)** ist am **Institut für Historische Ethnologie** die Stelle für eine

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT (ohne Abschluß)

zum 1. 4. 1977 neu zu besetzen (ca. 65 Std.).
Aufgabengebiete: Bibliotheksarbeiten, Hilfe bei der Organisation von Lehrveranstaltungen.
Bewerbungen bis zum 27. 1. 1977, 10 Uhr, sind zu richten an den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Historische Ethnologie, Liebigstr. 41, 6000 Frankfurt am Main.

Im **Geographischen Institut, Betriebseinheit Physische Geographie, Fachbereich Geowissenschaften (17)**, sind für die Zeit vom 18. April 1977 bis 15. Juli 1977 (SS 77) Tutoren-Stellen (je 4 Std./Wo.) zu besetzen:

4 STUDENTISCHE TUTOREN

für die Übungen „Einführung in die Physische Geographie“. Verantwortlicher Hochschullehrer: Prof. Dr. G. Nagel.
Bewerbungen sind umgehend schriftlich einzureichen: An den Geschäftsführenden Direktor der Physischen Geographie, Fachbereich 17.
Die Ausschreibung dieser Stellen erfolgt vorbehaltlich der entsprechenden Haushaltsmittelzuteilung.

Im **Fachbereich 8 – Geschichtswissenschaften-, Seminar für Didaktik der Geschichte**, ist ab 15. Februar (vorbehaltlich der Zuweisung der finanziellen Mittel) die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT (mit Abschluß)

zu vergeben.
Voraussetzung: 1. Staatsexamen für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen, mit Hauptfach Geschichte.
Aufgabengebiet: Assistenz bei Lehrveranstaltungen (69 Stunden monatlich) und Verwaltungsaufgaben.

Im **Fachbereich Wirtschaftswissenschaften** ist bei der **Professur für Wirtschaftspädagogik, insbesondere Didaktik der Wirtschaftswissenschaften**, die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT (ohne Abschluß)

für die Zeit vom 1. April 1977 bis 30. Juni 1977 (mit Verlängerungsmöglichkeit) mit 40 Arbeitsstunden pro Monat zu besetzen.
Das vorgesehene Aufgabengebiet umfaßt: Bibliotheksarbeiten und andere wissenschaftliche Dienstleistungen bei Forschungsprojekten. Schreibmaschinenkenntnisse sind erforderlich.
Bewerbungen bis 14 Tage nach Erscheinungstermin der Ausschreibung erbeten an: Professur für Wirtschaftspädagogik, insbesondere Didaktik der Wirtschaftswissenschaften, 6000 Frankfurt am Main, Meritonstr. 17.

Am **Slavischen Seminar (Fachbereich 11)** sind folgende Beschäftigungen für

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE

zu vergeben:
3 wissenschaftliche Hilfskräfte ohne Abschluß mit derzeit 44 Stunden monatlich zum 1. 4. 1977. Voraussetzungen: Mindestens ein viersemestriges Slavistik/Russistik-Studium; passive und aktive Kenntnisse mindestens einer slavischen Sprache. Aufgabengebiet: Mithilfe bei Buchbestellungen, Arbeiten am Sach- und Autorenkatalog, Bücheraufnahme. Schriftliche Bewerbungen (Lebenslauf, Studienbescheinigung etc.) sind zu richten an den Geschäftsführenden Direktor des Slavischen Seminars, Gräfenstr. 74/I, Frankfurt/Main bis zum 15. 2. 1977.

Im **Fachbereich 11, Asien- und Afrika-Institut, Sektion Japanologie und Südostasienwissenschaften**, ist für die Zeit vom 1. April 1977 bis 31. März 1979 die Stelle eines

LEKTORS FÜR JAPANISCHE SPRACHE

zu besetzen (BAT II a).
Aufgabengebiete: Sprachlehraufgaben (Sprachübungen für Anfänger, Sprachlaborkurs für Anfänger und Fortgeschrittene, Lektürekurse für Fortgeschrittene), ferner Mitwirkung an den übrigen Aufgaben der Sektion (japanische Korrespondenz, Übersetzungsdienstleistungen, Mithilfe bei der Katalogisierung japanischer Bücher etc.).
Einstellungsvoraussetzungen: Abgeschlossenes Studium an einer japanischen Universität. Der Bewerber sollte gute Deutschkenntnisse (Germanistikstudium) sowie Unterrichtserfahrungen mitbringen und überdies mit der modernen wie auch der klassischen Literatur Japans vertraut sein. Sprachlaborpraxis, wenigstens am Schülerpult, ist erwünscht.
Bewerbungen mit Lebenslauf, insbesondere Studiengang und Berufsweg, sind bis zum 1. März 1977 zu richten an Professor Dr. Otto Karow, Sektion Japanologie und Südostasienwissenschaften, Asien und Afrika-Institut, J. W. Goethe-Universität, D 6000 Frankfurt am Main.

Quartier Latin

Zwölf Bars und Buden, neun Etagen voller Musik, eine Riesenrutschbahn, „schummrige“ Ecken, das ist der Rahmen für die rund 15 000 Besucher des Quartier Latin '77. Dieses größte Faschingsfest im Rhein-Main-Gebiet wird vom Frankfurter ASTA nun zum 24. Mal veranstaltet — der Erlös soll dem bedrohten studentischen Kindergarten zufließen.

Musikalisch ist auch dieses Jahr wieder für viel Stimmung gesorgt: die „Sidewald Jazz Band“ spielt Dixieland Jazz, „Hans Hager und Schwager“ sorgen nicht nur mit deutschen Schlagern für eine

die Dekorationen, diesmal eine Parodie auf die neueste Werbekampagne „Frankfurt, die Stadt.“ Die besten Karikaturen sollen der Stadt Frankfurt zur Veröffentlichung bereitgestellt werden. Altbewährt für tanzmüde Besucher ist das comix-Kino, das 12 Stunden die besten Knüller der letzten Jahre vorführt. Eine Kostümpremierung besonderer Art soll auch dieses Jahr der besondere Überraschungseffekt um Mitternacht sein. Dann ist das Fest aber noch lange nicht zu Ende: von 19.30 Uhr bis 4 Uhr früh kann sich jeder bei dem Faschingsfest am Freitag, dem 11. und



Menge Schwung, „Fips und Judy“ bringen mit 1,5 Tonnen die wohl schwerste und größte rollende Diskothek in die Uni-Flure, der Nebel aus Stangeneis ist nur einer der Gags neben der heißen Musik, „Smash“ sprechen Rock- und Soul Fans an und „Memphis“ und andere decken das breite Spektrum der Pop Musik ab. Ein besonderer „Knüller“ sind

Samstag, dem 12. 2. austoben. Die Eintrittspreise sind seit Jahren gleich geblieben und im Vergleich mit anderen Faschingsfesten tragbar: Studenten zahlen am Freitag acht (Gäste dreizehn) und am Samstag zehn (Gäste fünfzehn) Mark. Der Vorverkauf hat im ASTA, in der Mensa und bei den bekannten Vorverkaufsstellen bereits begonnen.

Rauchverbot

In einem Schreiben an alle Lehrenden hat der Präsident, Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, darum gebeten, für die Einhaltung des Rauchverbotes in Lehrveranstaltungen zu sorgen. Das Schreiben vom 17. 1. 77 hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrte Frau Kollegin, sehr geehrter Herr Kollege, mein Amtsvorgänger, Herr Prof. Kantzenbach, hat schon im November 1972 gebeten, dafür zu sorgen, daß in Lehrveranstaltungen nicht geraucht wird. In den Hörsälen weisen entsprechende Inschriften auf das Rauchverbot hin.

Zahlreiche Beschwerden von Studenten zeigen jedoch, daß dieses Rauchverbot nicht beachtet wird und daß es einzelnen Nichtraucher nicht möglich ist, sich vor unzumutbaren Rauchbelastungen zu schützen.

Angesichts der Tatsache, daß die Rechtslage in dieser Frage völlig eindeutig ist, möchte ich Sie darum bitten, auch Ihrerseits für die Beachtung des Rauchverbots Sorge zu tragen. Das Recht des Rauchers auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit muß hinter dem Recht des Nichtrauchers auf körperliche Unversehrtheit zurücktreten. Nach der Rechtsprechung bin ich als Hausherr der Universität Frankfurt und Sie als Veranstaltungsleiter verpflichtet, die in Frage kommenden Studenten vor gesundheitlichen Schäden zu schützen.

Ich erwarte deswegen, daß in Zukunft folgendes beachtet wird:

1. In Lehrveranstaltungen ist das Rauchen untersagt. Hier von ausgenommen sind Lehrveranstaltungen mit einer geringen Teilnehmerzahl (ca. 10–20), wenn alle Anwesenden damit einverstanden sind, daß geraucht wird. Dies ist zu Beginn jeder Veranstaltung ausdrücklich festzustellen. Das Rauchen muß untersagt werden, wenn es nur von einem der Beteiligten gewünscht wird.

In allen Lehrveranstaltungen kann, wenn dies von den Anwesenden gewünscht wird, nach jeweils 45 Minuten eine Pause eingelegt werden, um Rauchern Gelegenheit zu geben, außerhalb des Veranstaltungsraumes zu rauchen.

2. Die jeweiligen Leiter der Lehrveranstaltungen sind verpflichtet, auf die Einhaltung dieser Anordnung zu achten. Sollte es hierbei zu Schwierigkeiten kommen, möchte ich Sie bitten, die Studenten zumindest über die Rechtslage zu informieren. Ich würde es darüber hinaus begrüßen, wenn Sie den Teilnehmern Ihrer Lehrveranstaltung den Zweck dieser Regelung vermitteln würden, nämlich den Schutz von Nichtrauchern vor gesundheitlichen Schäden. In Fällen, in denen es Ihnen nicht gelingt, die Beachtung der in Ziffer 1 genannten Regelung zu erreichen, bitte ich mich zu informieren.

Ich bedauere, Sie mit einer derartigen Aufgabe behelligen zu müssen, ich sehe aber keine andere Möglichkeit, den Nichtrauchern zu ihrem Recht zu verhelfen.“

Veranstaltungen

Mittwoch, 26. Januar

Lech Drewnowski, Poznan (Polen): **On some questions concerning bases in non locally convex F-spaces**

16 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten der Mathematik *

Rudolf Stefen, Bonn-Bad Godesberg: **Probleme des Jugendmedien-schutzes**

Gespräch mit dem Leiter der Bundesprüfstelle für jugendgefährdendes Schrifttum
16.15 Uhr, Hörsaal H 12
Veranstalter: Institut für Jugendbuchforschung *

A. Simon, Stuttgart-Büsnau: **Chemische Bindung um metallischen Übergangs- und Alkalimetall-Verbindungen**

17.30 Uhr, Großer Hörsaal der Chemischen Institute, Robert-Mayer-Straße 7-9
Veranstalter: Gesellschaft Deutscher Chemiker, Ortsverband Frankfurt *

G. Voppel, Hannover: **Nordamerikanische Städte — Struktur- und Entwicklungsfragen**

19 Uhr, Hörsaal zwischen dem Geographischen und Geologischen Institut, Senckenberganlage 34
Veranstalter: Frankfurter Geographische Gesellschaft

Donnerstag, 27. Januar

Pierre Laszlo, Liège (Belgien): **Sodium-23 Nuclear Magnetic Resonance — Studies of Na⁺ in Natural and Un-natural Environments**

17.30 Uhr, Seminarraum 201, Chemie-Mehrzweckgebäude Niederrad, Sandhofstraße
Veranstaltung im Rahmen des „Chemischen Kolloquiums Niederrad“ *

Prof. Dr. Hoffmann-Erbrecht, Prof. Maria Jäger:

Pupille-Programm

Pupille, Kino im Studentenhäus. Eintritt: Studenten, Schüler, Rentner und Arbeitslose 4,— DM, andere 5,— DM.

28.—30. Januar

20.00 Uhr: Der Sonderling
22.00 Uhr: Pickpocket

1.—3. Februar

20.00 Uhr: Der Sonderling
22.00 Uhr: Abgerechnet wird zum Schluß

4.—6. Februar

20.00 Uhr: Der Sonderling
22.00 Uhr: Omega Mann

8.—10. Februar

20.00 Uhr: Der Sonderling
22.00 Uhr: Oktober

11.—13. Februar

20.00 Uhr: Unsterbliches Duell
22.00 Uhr: Doktor Popaul

15.—17. Februar

20.00 Uhr: Unsterbliches Duell
22.00 Uhr: Morphium, Mord- und kesse Motten

18.—20. Februar

20.00 Uhr: Unsterbliches Duell
22.00 Uhr: Andromeda

22.—24. Februar

20.00 Uhr: Unsterbliches Duell
22.00 Uhr: Zum Nachtschiff

blaue Bohnen

Französische Musik aus Renaissance und Barock „auf allerley Instrument“

18 Uhr, Saal der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Frankfurt, Eschersheimer Landstraße 33

Alexander Ringer, Illinois (USA): **Zum Stand der Araber-Hypothese in der musikwissenschaftlichen Mittelalterforschung**

20.15 Uhr, Hörsaal des Musikwissenschaftlichen Instituts, Senckenberganlage 24
Veranstalter: Musikwissenschaftliches Institut

Freitag, 28. Januar

Helmut Peukert, Münster:

Wissenschaftstheorie und Theologie — der Streit um die Möglichkeit der Theologie

11 Uhr, Turm, Raum 3104
Veranstalter: BE Katholische Theologie *

Christiane von Hees, Freiburg:

Die antike Gipsformerei in Bajae

17.15 Uhr, Archäologisches Institut, Raum 801, Gräffstraße 76

Veranstaltung im Rahmen des Kolloquiums „Neue Funde und Forschungen“ *

A. Prestel, Konstanz: **Modelltheoretische Methoden in der Algebra**

17.30 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten der Mathematik *

Hochschulkonzert

Werke von Leclair, Chopin, Debussy und Franck

20 Uhr, Saal der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Eschersheimer Landstraße 33 *

Helene Pfannkuch, Frankfurt:

Beobachtungen und Erfahrungen im südlichen Afrika (mit Lichtbildern)

20.15 Uhr, Nord Hotel, Eckenheimer Landstraße 166
Veranstalter: Verein Deutscher Studenten (VDS)

Sonntag, 30. Januar

Konzerte an der Universität: Geistliche Konzerte, Arien und Lieder des Generalbaßzeitalters

Barbara Schlick, Sopran; Hilke Helling, Alt; Christophe Coin, Viola da Gamba; Christoph Lehmann, Cembalo (Schütze)

20 Uhr, Aula der Universität
Eintritt: Schüler und Studenten 6 Mark, andere 8 Mark
Veranstalter: Joachim Martini/Junge Kantorei/Studentenchor/ASTA

Montag, 31. Januar

Hans Mommsen, Bochum:

Klassenkampf oder Mitbestimmung — Zum Problem der Kontrolle wirtschaftlicher Macht in der Weimarer Republik

Zweite Vorlesung zur Erinnerung an Hugo Sinzheimer (1875—1945)

18 Uhr, Hauptgebäude, Hörsaal H

Veranstalter: Eugen Loderer (Otto-Brenner-Stiftung), Dr. Erich Meyn (Akademie der Arbeit) und Prof. Dr. Spiros Simitis (Institut für Arbeits-, Wirtschafts- und Zivilrecht)

Dienstag, 1. Februar

Max Kaase, Mannheim: **Strukturen politischer Beteiligung**

18.15 Uhr, Turm, Raum 2502
Veranstalter: Hirsch, Küchler

Mittwoch, 2. Februar

H. Haken, Stuttgart: **Synergetik: Nicht-Gleichgewichts-Phasenübergänge und Selbstorganisation**

17.15 Uhr, Hörsaal Angewandte Physik, Robert-Mayer-Straße 2-4
Physikalisches Kolloquium *

Charlotte Cassedanne (Harfe) und Alfred Sous (Oboe):

Werke von Rust, Raphael, Telemann, Hindemith, Saint-Saens, Soulage und Bozza

20 Uhr, Saal der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Frankfurt, Eschersheimer Landstraße 33

Donnerstag, 3. Februar

Ernst Ruch, Berlin: **Das Prinzip vom zunehmenden Mischungscharakter**

17.15 Uhr, Magnus-Hörsaal
Veranstalter: Institut für Physikalische und Theoretische Chemie *

Grube Messel — Fossilfundstätte oder Mülldeponie

Referenten: Dr. J. Franzen (Senckenbergmuseum) und H. Galland (Batelle Institut)

Podiumsdiskussion: C. O. Zübiller (Umweltministerium), Pleiner (Kultusministerium), K. Oeser (Pfarrer), Prof. Dr. U. Halbach (Fachbereich Biologie der Universität Frankfurt)

Prof. Dr. H. Tobien (Paläontologisches Institut der Universität Mainz), H. J. Koch (Vertreter des Zweckverbandes Müllgrube Messel)

20 Uhr, Hörsaal des Biologischen Instituts, Siesmayerstraße
Veranstalter: Bund demokratischer Wissenschaftler und Fachbereich Biologie

Veranstalter: Bund demokratischer Wissenschaftler und Fachbereich Biologie

Freitag, 4. Februar

C. Smorynski, Heidelberg: **Calculation of meta-mathematical fixed points**

16 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten der Mathematik

Montag, 7. Februar

Dusan Bogdanovic (Gitarre) und Gui-Michel Caillat (Klavier):

Austauschkonzert des Conservatoire de Musique Genf

Werke von Bach, Martin, de Falla, Beethoven, Chopin und Ravel

20 Uhr, Saal der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Frankfurt, Eschersheimer Landstraße 33

Dienstag, 8. Februar

M. J. S. Dewar, Austin (USA):

Some Recent Theoretical Studies of Reaction Mechanism

17.30 Uhr, Seminarraum 201, Chemie-Mehrzweckgebäude Niederrad, Sandhofstraße
Veranstaltung im Rahmen des „Chemischen Kolloquiums Niederrad“

Mittwoch, 9. Februar

G. Winnewisser, Bonn: **Spektroskopie zwischen den Sternen**

17.15 Uhr, Hörsaal Angewandte Physik, Robert-Mayer-Straße 2-4
Physikalisches Kolloquium *

Joseph Agassi, Boston und Tel Aviv:

Wissenschaft und Gesellschaft (in englischer Sprache)

18.15 Uhr, Hauptgebäude, Raum 320 C

Veranstalter: Prof. Fleischmann, Institut für Markt und Plan